Sonntag, 1. Oktober 1922. **Einzelnummer 50 Mark.** 61. Jahrgang. Nr. 222

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt . . . . 990.—
ins Ausland 100 deutsche Mk.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 50.— M. Reklameteil 180.— M. Stellen-Gesuche und -Angebote . . 40.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M. „ Reklameteil 36.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Selbsterhaltungstrieb.

Die erste Etappe zu den bevorstehenden Sejmwahlen ist durchschritten. Die Wahllisteneinsichtnahme geht ihrem Ende entgegen, und wer sich seinen Pflichten als polnischer Staatsbürger bewußt war, hat sich von der Eintragung seines Namens überzeugt. . Bis auf kleine Unregelmäßigkeiten hat sich hierbei wohl nichts Erhebliches ereignet. Es war besonders auffällig, daß in Bromberg ein Führer des Deutschtums, der länger als 20 Jahre seinen Wohnsitz im Stadtbereich hat, nachträgliche Eintragung in die Listen verlangen mußte. Da die Haushaltungsbogen genau ausgefüllt wurden, so hält es schwer, an ein Versehen zu glauben.

Selbst in politisch fest verankerten Staaten, wie z. B. in Amerika und England vibriert während der Wahlvorbereitungen das öffentliche Leben. Die Parteien führen einen Kampf um ihre Vorherrschaft. Einflußreiche, ehrgeizige Politiker lassen es in ihren Parteien zu einer Spaltung kommen und sammeln ihre Getreuen um sich, um ihre Interessen besser und geschickter vertreten zu können. Wievielmehr trifft das alles auf unsern noch jungen Staat zu, wo es noch stark an politischer Schulung fehlt, und wo die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, in Verbindung mit der außerordentlichen Teuerung, vielfach die Veranlassung geben, die Parteiführer für ihr Wirken verantwortlich zu machen.

Fehler sind in dieser Beziehung von dem bisherigen Sejm begangen worden, aber die größte Verantwortung für die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage trifft die stärkste Regierungspartei, die Nationaldemokratie. Auf ihr Konto ist auch das Ereignis zu setzen, das in der Geschichte der Völker einzig dasteht und die polnische Presse nicht zur Ruhe kommen läßt, nämlich die Schaffung des Minderheitenblocks. Jetzt, nachdem dieser Akt vollzogen, ist man fassungslos, man fürchtet den großen Einfluß, den die zukünftigen Abgeordneten des Minderheitenblocks in dem kommenden Sejm haben werden. Man hielt einen Zusammenschluß solch grundverschiedener Nationalitäten nicht für möglich, beantwortete doch der größte Feind der Minderheiten und namentlich der Deutschen, der Pater Lutosławski, die Rede des Abgeordneten Grünbaum, in der dieser als Abwehrmittel für die Benachteiligungen durch das Wahlgesetz den Block in Aussicht stellte mit dem Zuruf: „Wir fürchten den Block nicht, schließt Euch doch zusammen." Und heute ist die gesamte Nationaldemokratie über dieses Ereignis außer Fassung geraten.

Man schmäht den Block, es werden ihm staatsfeindliche Tendenzen unterschoben. Es gibt nichts Böses in der Welt, das der Minderheitenblock nicht gegen den polnischen Staat planen soll.... Nein, meine Herren Nationaldemokraten, der Minderheitenblock wird eine staatserhaltende Partei sein, er wird mit aller Kraft daran arbeiten, den Staat aus der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere herauszubringen. Er wird seine Ziele ohne egoistische Interessen verfolgen und nur zum Wohle des Landes arbeiten. Aber eins wird er verlangen und zwar mit allem Nachdruck: Gleichberechtigung im Sinne der Verfassung. Die Zeit, in der wir als zweitklassige Bürger behandelt wurden, muß ein für allemal vorüber sein.

Man darf nicht nur staatsbürgerliche Pflichten von uns erwarten — wir verlangen auch Rechte. Es darf sich nicht wiederholen, daß ein Herr aus Eurer Mitte, wie Herr Kierski, uns Deutsche in seinen Artikeln ungestraft mit Schmutz bewirft und uns schmäht.

Und darin liegt ja die Aufklärung des großen Rätsels, wie es möglich war, daß so grundverschiedene Nationalitäten sich auf dem gleichen Weg finden konnten. Nur die gegen uns gerichtete Auslegung Eurer Gesetze und Eure Absicht, uns zu entrechten, schloß Deutsche, Juden, Ruthenen, Russen, Weißrussen zusammen.

Es ist ein in der Not geschlossenes Band, und solche Freundschaften halten bekanntlich länger, als im Glück geflochtene. Dieses Band, das sich um so grundverschiedene Nationalitäten geschlossen hat, ist ein Beweis Eurer Bedrückung. Es ist uns zum Bewußtsein gekommen, daß wir Euren Bedrückungs- und Verdrängungsmethoden nur durch dieses Abwehrmittel entgehen können. Und daß wir den richtigen Weg gefunden haben, geht aus Eurer Erregung hervor

Der „Offene Brief" in der oberschlesischen Angelegenheit hat uns seinerzeit bewiesen, daß auch nicht eine politische Partei oder ein Gesellschaftskreis auf unserer Seite stand.

Wir sind überrascht, daß jetzt plötzlich die „Gaz. Pozn.", das Organ der Stadtbürgerpartei, warme Worte für uns, die deutsche Minderheit, findet. Im Wahlkampf wird ja so manches Mittelchen angewandt. — Sollte dieses warme Empfinden mehr sein als ein Wahlmanöver gegen die Nationaldemokraten?

Der Wahltermin rückt immer näher, und jeder Angehörige der Minderheit wird den Weg zur Wahlurne finden, und zwar aus dem Bewußtsein des Selbsterhaltungstriebes heraus.

Der Wiederaufbau Europas.

Wichtige Rolle der skandinawischen Staaten.

Bei der Debatte über den Antrag de Jouvenels auf der Völkerbundstagung am 22. September hat der derzeitige schwedische Ministerpräsident **Branting** eine Rede gehalten, der bisher nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Es heißt darin u. a.: „In diesem geschichtlichen Augenblick, da man zum ersten Male von seiten der Großmächte an den Völkerbund appelliert, um seine Hilfe für die Lösung des größten Problems anzurufen, möchte ich nur eins sagen: Diejenigen, welche außerhalb des Krieges verblieben sind, leiden nicht weniger als die anderen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dauern an. Das eigene Interesse dieser Staaten verlangt, daß sie sich von ganzem Herzen allen Bemühungen anschließen, die die wirtschaftliche Wiederherstellung der Welt zum Ziel haben. Ich bin sicher, daß, wenn ich dies ausspreche, ich nicht nur mein eigenes Land hinter mir habe, sondern eine ganze Reihe von Ländern, die sich in ähnlicher Lage befinden. Wir müßten Deutschlands Möglichkeiten, die notwendigen Zahlungen zu leisten, prüfen. Denn es ist eine Frage der Gerechtigkeit, daß die Zahlungen, die verlangt werden, auch möglich sind.

Eine Unterredung, die kurz darauf der ehemalige **italienische Ministerpräsident Nitti** dem Vertreter von „Svenska Dagbladet" in Rom gegeben hat, scheint nicht ohne Zusammenhang mit diesen bemerkenswerten Auslassungen Brantings zu sein. Nitti hat vielleicht sogar den tieferen Sinn der Worte Brantings erkannt, wenn er davon spricht, daß eine Aktion skandinavischer Staaten für den Wiederaufbau Europas entscheidende Bedeutung haben könnte. Man müsse den früheren kriegführenden Nationen vor allem beweisen, daß die neutralen Völker das Ihrige zur Wiederherstellung Europas tun wollten. Von Schweden und Norwegen, erklärte Nitti, erwarte er vor allen anderen, daß die volle Wahrheit und Abscheu vor Gewaltmaßregeln verbreitet werden. In teilweise wörtlicher Übereinstimmung mit Brantings Gedankengang schließt er: „Diese edlen Völker, die über dem Gewimmel standen, leiden heute an Folgen des Konfliktes, den sie nicht wollten, woran sie nicht teilnahmen. Ebenso wie sie gestern Abscheu vor wildem Krieg empfanden, müssen sie heute Entsetzen gegenüber einem Frieden empfinden, der nur Vorbereitung zu neuen Kriegen ist."

Jonnart Präsident der Reparationskommission?

Paris, 29. September. Herr Jonnart hat gestern vormittag dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Dubois, einen Besuch abgestattet. Hieraus ist zu schließen, daß die Wahl des Ministerpräsidenten auf ihn gefallen ist, und daß die Kandidatur des Herrn François Marsal nicht mehr in Frage kommt. Da Jonnart heute abend eine neue Unterredung mit Poincaré haben wird, darf man annehmen, daß tatsächlich die Frage bereits entschieden ist. Hingegen soll es noch fraglich sein, ob Sir John Bradbury die Kommission verläßt.

London, 29. September. Das britische Schatzamt teilt mit, daß die Meldung über den Rücktritt Sir John Bradburys vollkommen unbegründet sei.

Der Streik in den Häfen des südlichen Frankreich.

Im französischen Ministerrat schilderte der Unterstaatssekretär für die Handelsmarine, Rio, die Situation, die durch den Ausstand der organisierten Seeleute entstanden ist. Dieser Ausstand wurde durch Dekrete der Regierung vom 15. September veranlaßt, die mit ihren Bestimmungen den gesetzlich eingeführten Achtstundentag für die Eisenbahnbetriebe und die Handelsschiffe illusorisch machen. Gleichzeitig kündigte die Regierung eine Herabsetzung der Löhne für die Bergleute und andere vom Staate beschäftigten Arbeiterkategorien an, die am 15. Oktober in Kraft treten soll. Der Verband der Seeleute antwortete mit einem Ausstand von 23 Stunden, der eine Warnung bedeuten sollte und in allen Häfen durchgeführt wurde. Dieser Ausstand hat sich durch den Widerstand der Regierung verschärft. Die Dampfer der regulären Schiffahrtslinien konnten nicht abfahren. Die Güter blieben liegen, die Passagiere kehrten nach Paris zurück. Andere Arbeiterorganisationen drohen damit, daß sie sich dem Streik anschließen werden.

Vom Völkerbunde.

Genf, 29. September. In der Donnerstagssitzung des Völkerbundes berichtete Senator Jouvenel über die Arbeiten der internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit. Er betonte die Notwendigkeit der Solidarität unter den Geistesarbeitern der Welt und hob hervor, daß der Völkerbund, der ein internationales Arbeitsbureau organisiert habe, das physischer Arbeit gewidmet sei, unverzüglich die Organisierung eines Bureaus für Geistesarbeit in Angriff nehmen müßte. Die vorgelegte Entschließung hebt die Bedeutung der gemachten Bemühungen in der Richtung der Koordinierung der Geistesarbeit hervor. Das Programm für die weitere Arbeit in der Kommission sieht die Teilnahme von Fachmännern aller Länder vor. Die gebildeten Unterausschüsse sollen sich mit Einzelfragen befassen, z. B. mit dem Austausch von wissenschaftlichen Werken. Murray sprach dann über die Organisation der Geistesarbeit, insonderheit über die Aktion des Völkerbundes. Der Redner berührte dann die Frage der moralischen Abrüstung, die seiner Meinung nach, wenn sie einmal durchgeführt sei, in Zukunft eine Katastrophe, wie sie der Weltkrieg war, verhindern werde. Es wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

Genf, 29. September. In der Donnerstagssitzung des ersten Ausschusses der Völkerbundsversammlung wiederholte der chinesische Delegierte die Forderung, daß Asien im Völkerbunde vertreten sein solle. Der persische Delegierte Arfa ed Doule unterstützte ihn und verzichtete auf seine Kandidatur zugunsten Chinas. Askenazy betonte die Bedeutung der Solidarität mit Asien, die vor dem Ausschusse von China, Japan, Persien und Siam gezeigt worden sei, und die Notwendigkeit, mit dieser Tatsache angesichts einer evtl. Teilnahme des Völkerbundes an der Konferenz über die Orientfrage zu rechnen.

Deutsche Wähler!
Merkt Euch schon heute die Nummer Eurer Liste: 16.

An die Nationalitätsminderheiten des polnischen Freistaates.

Die Wahlordnung zum Sejm und zum Senat benachteiligt ausnahmslos alle Nationalitätsminderheiten.

Durch eine bedeutende Erhöhung des Bevölkerungsdivisors in den gemischten Wahlkreisen, besonders in den Ostmarken, eine Beschränkung des Rechts zur Benutzung der staatlichen Liste und durch die Verteilung der staatlichen Mandate auf Grund der Zahl der erlangten Mandate, nicht jedoch der nicht verwendeten Reststimmen, macht man es ihnen unmöglich, einer der Stärke ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung durchzubringen. Dazu kommt noch die Praxis der Verwaltungsorgane, die das Gesetz über die Staatsbürgerschaft ausnutzen, um die Zahl der zu den nicht polnischen Nationalitäten gehörenden Wählern zu vermindern. Diese Organe scheuen vor keinen Schikanen und Gewalttätigkeiten zurück, sofern sie nur ihren Zweck erreichen, d. h. die Schwächung der Vertretung der Nationalitätsminderheiten bis zu dem Grade, daß sie nicht einmal imstande sein sollen, den parlamentarischen Kampf um die Befriedigung der berechtigten nationalen Forderungen zu führen, damit man mit ihnen gar nicht zu rechnen brauche.

Diese Gefahr muß beseitigt werden. Alle Nationalitätsminderheiten haben das begriffen, sie haben einen Block gebildet, haben ein Wahlbündnis geschlossen, das, ihre Kräfte erhöhend, die drohenden Folgen der nachteiligen Wahlordnung vernichten kann. Sie haben alle Schwierigkeiten überwunden, auf die die leider so einflußreiche Sejmrechte rechnete, indem sie die polnische Politik auf Benachteiligung und Bedrückung der nationalen Minderheiten stützen wollte. Man hatte gehofft, daß es gelingen werde, eine Spaltung herbeizuführen, die gegenseitigen Abneigungen und Mißhelligkeiten zu verstärken, die einen gegen die anderen auszunutzen, um alle zu schwächen; aber diese Hoffnungen haben getäuscht.

Die gegen verschiedene Teile des Blocks geschleuderten Verleumdungen haben nichts geholfen, nichts geholfen haben die boshaften, über die Tätigkeit der Mitglieder des Blocks ausgestreuten Gerüchte. Der Block ist zustande gekommen, mächtig, durch das gegenseitige Vertrauen der Massen, stark und unzerbrechlich.

Das Bewußtsein von der **Notwendigkeit des Kampfes um die Festigung des demokratischen Systems in Polen**, das allein die Befriedigung der Bedürfnisse und Forderungen der Nationalitätsminderheiten sichern kann, bildet diese Kraft und Stärke des Blockes. Die allen Staatsbürgern durch die Verfassung garantierten Rechte, die Rechte der Nationalitätsminderheiten müssen möglichst bald verwirklicht werden. Jede Nationalitätsbedrückung muß beseitigt werden, jede im Gebiete des polnischen Staates wohnende Nationalität muß die Entwicklung ihrer kulturellen und völkischen Entwicklung erlangen, die durch keine Kunststückchen einer juristischen oder administrativen Auslegung der Gesetze gehemmt wird. In dem polnischen Freistaate, in dem die **ganze Bevölkerung** herrschen soll, soll es weder bedrückende noch bedrückte Nationalitäten geben.

Mit dieser Parole geht der Minderheitenblock zu den **Wahlen.** Er glaubt fest daran, daß er Unterstützung finden wird nicht nur unter den Massen seiner eigenen Leute, sondern auch die **aufrichtige polnische Demokratie** erkennt die ganze Gerechtigkeit seiner Forderungen und seines Kampfes an, da sie sich nicht im Lager seiner Feinde findet, die die Macht und das Glück Polens auf die Benachteiligung und das Mißgeschick der zu ihm gehörenden nicht polnischen Leute stützen wollen.

Zum Wahlkampfe um diese Parole, um eine entsprechende Vertretung im Sejm und im Senat fordern wir alle Nationalitätsminderheiten auf. Möge niemand in den Reihen fehlen!

Möge jeder wissen, daß in diesem Kampfe die Sache seiner eigenen Nationalität und aller anderen Nationalitätsminderheiten entschieden wird, daß ferner entschieden wird, ob Polen regiert werden soll nach dem Willen und den Bedürfnissen aller seiner Völkerschaften oder aber nur des herrschenden Volkes und zwar einzig und allein seiner oberen Klassen. Das Ergebnis dieses Wahlkampfes wird über Polens inneren Aufbau, über seine Regierung entscheiden. Geht zur Wahlurne mit der Parole: **Weg mit der Bedrückung der Nationalitätsminderheiten!**

Möge jeder, einerlei ob Weißrusse, ob Deutscher, ob Russe, Ukrainer oder Jude, das Recht seiner freien Entwickelung des Volkstums in Polen haben!

Unter dieser Parole werdet Ihr siegen!

Warschau, den 26. September 1922.

Das Zentralwahlkomitee des Blocks der Nationalitätsminderheiten des polnischen Freistaates.

Aus Polen.

Die deutsche Liste für Samter.

Die von dem Block Mniejszości Narodowych Rzeczypospolitej Polskiej für den **Wahlkreis 36 (Samter)** eingereichte **Kandidatenliste für dem Sejm** lautet folgendermaßen:

1. Gutsbesitzer Eugen **Naumann**. 2. Rittergutsbesitzer Dr. Otto **Sondermann**. 3. Arzt Dr. Wilhelm **Schlinke**. 4. Pastor Otto **Dey**. 5. Glasmacher Franz **Kolonista**. 6. Ansiedler Karl **Linke**. 7. Kaufmann Bruno **Schulz**. 8. Landwirt Wilhelm **Mey**. 9. Landwirt Ernst **Wendlandt**, 10. Zimmermann Paul **Dux**.

Die deutschen Kandidaten der Staatslisten.

Zur besseren übersicht stellen wir noch einmal die Namen der sicheren bzw. aussichtsreichsten deutschen Kandidaten der Staatslisten des Minderheitenblocks (Lista bloku mniejszości Narodowych Rzeczypospolitej Polskiej) zusammen:

I. **Staatsliste für den Sejm.** 1. **Domherr Klinke, Posen** — Platz 2. 2. Arbeitersekretär **Zerbe**, Lodz — Platz 6. 3. Ansiedler Moritz, Thorn — Platz 11. 4. Redakteur **Pankratz**, Bromberg — Platz 14. 5. Rittergutsbesitzer Dr. **von Koerber**, Koerberode — Platz 18. 6. Prokurist **Heckel**, Lemberg — Platz 22.

II. Staatsliste für den **Senat**. 1. Sejmabgeordneter **Hasbach**, Pommerellen — Platz 1. 2. Redakteur **Drewing**, Lodz — Platz 7.

Die deutsche Senatsliste für Pommerellen. Auf der Liste des Blocks der nationalen Minderheiten für den Senat in der Wojewodschaft Pommerellen stehen folgende Kandidaten: 1. **Hasbach**, Sejmabgeordneter, Schloß Birglau bei Thorn. 2. **Partikel**, Rechtsanwalt, Graudenz. 3. **Wegner**, Domherr, Tuchel. 4. Dr. **Zabel**, Stadtgutsbesitzer, Dirschau. 5. **Rodenacker**, Gutsbesitzer, Celbowo bei Putzig. 6. **Feldt**, Gutsbesitzer, Thorn.

Die Zustimmung der Kandidaten zu ihrer Aufstellung. Der Generalwahlkommissar gibt zur **Kenntnis**, daß am 4. Oktober, 4 Uhr nachmittags, der endgültige Termin für die Einreichung der Kandidatenerklärungen über ihre Zustimmung zur übernahme ihrer Mandate abläuft. Bisher sind die Erklärungen sehr spärlich eingelaufen. Eine Ausnahme bildet die Liste 4, die des jüdischen Arbeiterverbandes in Polen. Es muß hinzugefügt werden, daß die Erklärungen vom Generalwahlkommissar **nur bis zum 4. Oktober, 4 Uhr nachmittags** einschließlich angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt einlaufende Erklärungen bleiben unberücksichtigt. Die genannte Frist ist mit Rücksicht darauf gestellt worden, daß am 6. Oktober die Reichslisten in der Zahl von 20 im „Monitor Polski" veröffentlicht werden müssen. Am Montag, dem 2. Oktober, 9 Uhr vormittags, findet im Sejm eine Sitzung des Staatswahlausschusses statt, in der die Reichslisten endgültig festgelegt werden. Der Generalwahlkommissar amtiert im Sejmgebäude von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Die neue politische Gruppe, welche den Namen **„Staatliche Vereinigung in den Grenzmarken"** trägt und die Staatsliste Nr. 22 eingereicht hat, fordert in ihrem Wahlaufruf von ihren Kandidaten folgendes: 1. Unabhängig vom Eintritt in die eine oder andere Partei Parteikämpfe zu schlichten und nicht zu schüren, 2. vollkommene konfessionelle und nationale Toleranz, 3. im Einklang mit dem Wohl des ganzen Staates die lokalen, kulturellen, wirtschaftlichen und alle sonstigen Interessen der Grenzmarken zu unterstützen und die Durchführung der Agrarreform mit Berücksichtigung der Bedürfnisse der Ortsbevölkerung in Angriff zu nehmen.

Auflösung einer Sejmpartei. Der Klub der Konstitutionellen Arbeit (K. P. K.) verlebt gegenwärtig die letzten Tage seines Lebens. Diese Partei, die vom Grafen Bavorowski geführt wurde, hat sich ein großes Verdienst und historische Bedeutung erworben. Sie trat nämlich bei der entscheidenden Abstimmung über das Mißtrauensvotum für Piłsudski auf die Seite der Linken. Sie stellte einen Rest dar einer polnischen Gruppe im österreichischen Parlament. Ihre Haltung ist um so anerkennenswerter, als die Partei im österreichischen Parlament sich zu den Konservativen rechnete. Sie bewies gelegentlich der letzten Krise, daß sie das Staatswohl über den Parteistandpunkt stellt. Jetzt wird sich die Partei auflösen. Einige der Abgeordneten werden wieder kandidieren, und zwar für die Nationale Staatsunion, die ein Zentrum bilden will, und vor allem für die Autorität der ausführenden Behörden eintritt.

Eine Erinnerungsmedaille an den Sejm. Zur Erinnerung an den ersten konstituierenden Sejm wird nach dem „Dz. P." eine Erinnerungsmedaille vorbereitet. Die Medaille ist in Bronze graviert und wird etwa von der Größe eines Handtellers sein. In der Mitte erscheint ein Buch mit der Aufschrift „Konstitution", auf ihm ein Adler. Rund herum steht die Überschrift „Salus Reipublicae" (Wohl des Staates) und die Jahreszahlen 1919/22. Auf der Rückseite sind die Embleme der Gesetzgebung zu sehen, umwunden von Eichenlaub und das Datum des 17. März 1921. Rund herum die Namen je eines Abgeordneten. Außerdem werden Erinnerungs-Jetons (kleinere Münzen) geschlagen, die ausschließlich die Abgeordneten erhalten; die großen Medaillen aber werden an die breitere Allgemeinheit abgegeben.

Der Geltungsbereich der Strafgesetzbücher in Polen.

Der Oberste Gerichtshof für Großpolen hat zu den §§ 3, 4 und 8 des deutschen Strafgesetzbuchs vom 15. Mai 1871 folgende Entscheidung getroffen:

a) In der deutschen Strafgesetzgebung deckte sich der Begriff „Inland" als Reichsgebiet grundsätzlich mit dem Begriff des Geltungsgebietes der Strafgesetzgebung des Reiches. Nach den gegenwärtig in der Republik bestehenden Rechtsverhältnissen haben wir zwar ein einheitliches Staatsgebiet, das sich aber aus Teilgebieten zusammensetzt, in denen verschiedene Strafgesetze gelten. Aus diesem rechtlichen Zustande ergibt sich, daß die in den Gesetzen der Teilungsstaaten enthaltenen Rechtsbegriffe, wie „Inland", „Ausland", „Inländer", (Staatsbürger) und „Ausländer" nicht einheitlich übersetzt werden dürfen mit „polnischer Staat", „nicht zum polnischen Staat gehörige Länder", „Bürger des polnischen Staates" und „Bürger eines anderen Staates", sondern in gewissen Fällen müssen sie übersetzt und verstanden werden als „Teilgebiet", „Teilgebietsbewohner" usw., oder auch noch anders je nach dem Grund und Zweck der betreffenden Vorschrift, die in jedem einzelnen Falle vor Entscheidung der betreffenden Frage gründlich zu erforschen sind.

b) Bei Anwendung der §§ 3, 4 und 8 des Strafgesetzbuchs in Deutschland ging es einerseits nur um das Deutsche Reich wie einem auf seinem ganzen Gebiet geltenden Strafgesetzbuch, in Polen andererseits haben wir zwar einen Staat, aber mindestens drei Teilgebiete mit drei besonderen Strafgesetzbüchern, von denen jedes nur in dem betreffenden Teilgebiet gilt. Es ist deshalb unstatthaft, die „Strafgesetze des Deutschen Reichs" mit den Strafgesetzen des polnischen Staates zu indentifizieren, wo die ersteren allgemein, die letzteren dagegen dreifach sind. Daraus ergibt sich, daß die Vorschriften der §§ 3 und 4 des Strafgesetzbuchs auf die Verhältnisse des polnischen Staates strikte Anwendung nicht finden können. Angesichts dessen hat man sich auf das Herausfinden des jenen Vorschriften zugrunde liegenden Hauptgrundgedankens zu beschränken. Dieser stellt sich folgendermaßen dar:

Das deutsche Strafgesetzbuch ist anzuwenden auf alle Vergehen, die in seinem Geltungsbereich verübt sind. Dagegen ist es grundsätzlich nicht anzuwenden bei Vergehen, die außerhalb der Grenzen dieses Gebiets verübt sind, oder positive Vergehen, die außerhalb der Grenzen des Geltungsgebiets des deutschen Strafgesetzbuchs verübt sind, unterliegen grundsätzlich dem Strafrecht des Gebiets, in dem das Vergehen verübt wurde.

Es ist das mithin das sogenannte Territorialitätsprinzip. Dieses Prinzip ist auch dann anzuwenden, wenn ein Gericht des ehemals preußischen Teilgebiets eine Tat aburteilt, die in einem anderen Teilgebiet des polnischen Staates verübt ist, da die staatsrechtlichen Voraussetzungen der in § 4 zugunsten des sogenannten Personalitätsprinzips (Prinzig der persönlichen oder subjektiven Nationalität) gemachten Ausnahme vom Territorialitätsprinzip in diesem Falle nicht in Frage kommen. Verständlich ist, daß, wenn ein Staat seinen Bürger für eine im Ausland verübte Tat zur Verantwortung zieht, er ihn nach seinem eigenen Strafgesetz, nicht aber nach dem des fremden Staates aburteilt. Dagegen wäre es unbegründet, wenn ein Bürger eines Staates, in dem verschiedene Teilgebietsstrafgesetze gelten, nach einem anderen Strafgesetz abgeurteilt werden sollte, als nach dem, das in dem Teilgebiet gilt, in dem die Tat verübt wurde, mag ihn auch das Gericht eines anderen Teilgebiets aburteilen. Denn alle Teilgebietsgesetze sind dennoch Gesetze ein und desselben Staates, nicht aber Gesetze eines fremden Staates.

(Urteil vom 25. 2. 1922. K. V. 204/21.)

Die Pensionen der ehemals preußischen Beamten und ihrer Angehörigen.

Verschiedene Abgeordnete haben an den Ministerrat eine Interpellation gerichtet wegen der Nichtauszahlung der Ruhestandsgehälter an polnische Staatsbürger, die früher als Beamte in deutschen Diensten standen, sowie an Beamtenwitwen und -Waisen. Es handelt sich vor allem um solche Beamte, die auf Befehl der deutschen Behörden wider ihren **Willen außerhalb der Grenzen des jetzigen Polens** beschäftigt wurden und dort starben oder in den Ruhestand treten mußten. In der Interpellation wird die Regierung ersucht, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen um, die Not, in der die Pensionäre leben, da sie weder von der deutschen noch von der polnischen Regierung Pensionen ausgezahlt erhalten, zu lindern. Der Staatsschatz würde keine wesentliche Schmälerung erfahren, da die Anzahl der Pensionäre sehr gering sei. Zum Schluß wird angefragt, weshalb die Gesuche in der Pensionsfrage nicht nur unberücksichtigt, sondern auch unbeantwortet geblieben seien.

Verlängerung der Be- und Entladefrist von Eisenbahnwagen gefordert.

Durch den Abg. Daczko von der deutschen Vereinigung wurde folgender Dringlichkeitsantrag an den Sejm gerichtet:

Die Be- und Entladefrist für die Eisenbahnwagen auf den Staatseisenbahnen ist auf 6 Stunden festgesetzt. Bei dieser kurzen Frist sind meistens auch noch die gesetzlich eingeführten Ruhepausen (Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen) für die Arbeiter eingeschlossen. Diese Anordnung trifft insbesondere die kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden sehr hart, da die angegebene Frist zur Be- und Entladung von Waren und Fabrikaten nicht ausreicht, sondern fast immer aus Mangel an ausreichendem Ladepersonal und an Fuhrwerken überschritten wird und zur Erhebung von Wagenstandsgeldern seitens der Eisenbahn-Güterabfertigungsstellen führt, wodurch wieder eine Verteuerung der Waren und Fabrikate erfolgen muß.

Hierauf führt der Abg. Daczko einen besonders krassen Fall aus Tuchola als Beispiel an. Dabei brauchte ein Waggon für eine Strecke von 120 km mit einmaligem Umrangieren einen Zeitraum von 21 Tagen, vom Absender war aber eine Beladung in 6 Stunden gefordert und für die Ueberschreitung dieser Zeit Wagenstandsgeld gefordert worden.

Aus Kreisen der Kaufleute und Gewerbetreibenden, so fährt der Herr Abgeordnete fort, aus verschiedenen Städten in Pommerellen sind uns wiederholt wegen der Beschränkung der Be- und Entladefrist und über die Verzögerung in der Beförderung von Eisenbahnwagen Klagen eingegangen. Unter Hinweis auf diese Verhältnisse beantragen die Unterzeichneten: Der Hohe Sejm wolle beschließen: die Regierung, insbesondere der Herr Eisenbahnminister wird aufgefordert:

1. Die Be- und Entladefrist werden auf 10 Stunden und Ausschluß der gesetzlich festgesetzten Ruhepause für die Arbeiter festgesetzt.
2. Die Benachrichtigung an den Besteller über jeden zur Verladung gestelllen Eisenbahnwagen erfolgt mindestens 3 Stunden vor Beginn der Verladung.
3. Die Beförderung der Güterwagen muß mit größtmöglichster Beschleunigung erfolgen.

Warschau, den 21. September 1922.

Die Antragsteller.

Die Frage der Kriesnoten. Wie die „Rzeczpospolita" mitteilt, hat die polnisch-deutsche Kommission in Dresden, die sich mit der Kriesnotenfrage befaßte, ihre Sitzungen auf unbestimmte Zeit vertagt, um das Material zu vervollständigen. In den Verhandlungen trat eine Meinungsverschiedenheit über die Bedingungen zutage, unter welchen die Fonds der polnischen Landesdarlehnskasse, die noch von den Okkupationszeiten her sich in deutschen Banken befinden und von der deutschen Regierung beschlagnahmt wurden, freigegeben werden sollen. Es wurde lediglich endgültig festgestellt, daß weder die deutsche Regierung noch die polnische Landesdarlehnskasse die Verpflichtung haben, die Kriesnoten in deutsche Mark umzutauschen.

Prägung von Metallgeld bis zu 100 M. Wie die „Ostagentur" mitteilt, hat das Finanzministerium im Auslande eine Anzahl Pressen gekauft, die zur Prägung des angekündigten Metallgeldes benötigt werden. Das Metallgeld wird einen Wert von 5 bis 100 M. haben. Nach einer Warschauer Meldung des „Dz. P." werden die 100-M.-Münzen mit dem Kopf des Staatschefs Josef Piłsudski geprägt werden. Sie werden im Typ der französischen Francs hergestellt werden und eine gelbe Farbe haben.

Neues Finanzgesetz für die Städte. Der Städteverband hat mit der Ausarbeitung eines allgemeinen Finanzgesetzes für die Städte begonnen. Der Zweck ist, das Städtefinanzwesen zu vereinheitlichen und die städtischen Einnahmequellen von den Schatz-Einnahmequellen zu trennen.

Verbot der Abbildung von Bahnhöfen und Eisenbahnen. Das Innenministerium hat im Einvernehmen mit dem Eisenbahnministerium eine Verfügung erlassen, die den Verkauf von Postkarten und Illustrationen von Eisenbahnen, Bahnhöfen und Brücken verbietet.

Neuer Presseleiter beim Ministerpräsidium. Den Posten des zurückgetretenen Dr. Szerer, des Leiters des Pressebureaus beim Präsidium des Ministerrates übernimmt der frühere Personalsekretär Ponikowskis zu Zeiten seiner Präsidentschaft, Mieczysław Babiński.

Besuch Tschitscherins in Warschau. Am Freitag vormittag hat Tschitscherin in Begleitung des russischen Geschäftsträgers in Warchau, Oboleński, dem Außenminister Narutowicz einen Besuch abgestattet. Danach begaben sich beide Sowjetdiplomaten nach dem Präsidium des Ministerrates, wo Ministerpräsident Nowak eine halbe Stunde mit ihnen konferierte. Minister Narutowicz gab zu Ehren Tschitscherins ein Frühstück.

Wojewodschaft Schlesien.

Ausbau der Kattowitzer Telephonzentrale. Pat. gibt folgende amtliche Meldung wieder: Im Augenblick der übernahme Oberschlesiens waren alle Anschlüsse der Telephonzentrale in Kattowitz vollständig vergeben, und die Verwaltung der Post und Telegraphen fand eine ganze Reihe unerledigter Anträge auf Einrichtung neuer Anschlüsse und Telephonstationen. Eine sofortige

Danziger Kurse vom 30. September.

Mittagskurse:

Die polnische Mark in Danzig	18½
Der Dollar in Danzig	1630

Magnus Wörland und seine Erben.

Roman von **Günther von Hohenfels**.

(37. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

VII.

Senator Wörland war aus Berlin zurückgekehrt. Justizrat Schuhmann, der sich täglich im Bureau erkundigt hatte, holte ihn von der Bahn ab. Wörland sah ordentlich jung und frisch aus. „Guten Tag, alter Freund, das ist ja ein glücklicher Zufall, daß Sie an der Bahn sind. Schön war's in Berlin! Von morgens bis abends gearbeitet, herumgelaufen von Pontius zu Pilatus, die Regierungsstellen äußerst wohlwollend, war auch bei den Großbanken, auch da Interesse! Justizrat, die Firma Wörland kommt wieder hoch!" Es schnitt dem Freunde ins Herz, nun alle diese Hoffnungen mit einem Schlage vernichten zu müssen, aber durfte er ihn länger in der Ungewißheit lassen? „Lieber Freund, ich hätte eine Bitte. Würden Sie erst einen Augenblick mit auf mein Bureau kommen? Der Wagen wartet." — Wörland sah ihn an: „Was ist?" Jetzt sehe ich erst, Sie sind ganz verstört. Ist etwas geschehen? Ist meine Frau —?" — „Aber nein, alles wohl, nur eine rein geschäftliche Sache." — „Und so eilig?" — „Allerdings." — „Also gut!"

Es waren nur wenige Minuten, da standen sie in des Justizrats Arbeitszimmer. „Nun?" — „Ohne viel Umschweife, ich habe mit ten Winkel gesprochen," — „Mit ten Winkel?" — „Er war in Bremen, und seltsamerweise wurde ich durch einen anonymen Brief davon unterrichtet." „Und?" Wörland wurde nervös. — „Leider recht dumme Nachrichten. — „Also doch." Wörland war totenbleich, er sah plötzlich greisenhaft und verfallen aus. — „Seien Sie standhaft, lieber Freund, ich wollte, ich könnte es Ihnen ersparen. Ich selbst kann es nicht fassen."

Der Reeder hatte seine Selbstbeherrschung zurück, und der Justizrat erzählte. Man sah dem Senator kaum etwas an, nur seine Mundwinkel zuckten. Er sprach ganz ruhig, aber er konnte nicht verhindern, daß seine Lippen bebten. „Zeigen Sie mir den Brief, ich kenne die Handschrift." — Der Justizrat ging an den Schreibtisch und schloß auf. „Ich hatte ihn doch gleich obenauf gelegt, und hier ist nur ein leeres Stück Papier." Er nahm die Mappe heraus und suchte, er wurde sichtlich nervös. „Ich weiß ganz bestimmt, ich habe es hier hineingelegt, — es ist fort!" — „Sie haben ihn vielleicht schon —" — „Nein, nein, bestimmt nicht! Ich bin doch nicht krank, hier hinein, sogar hier oben auf die Mappe, genau dahin, wo jetzt der leere Bogen liegt. Es ist geradezu, als ob jemand den Brief herausgenommen und dafür den weißen Bogen hineingelegt hätte."

Der Justizrat durchsuchte alle Fächer. „Vielleicht draußen im Geldschrank?" — „Ich habe seit Ihrer Abreise gar nichts draußen getan." — „Unter Akten gekommen?" — „Ich habe nie Akten in meinem Privatzimmer." — „Aber das ist —" — „Unglaublich, und ein Diebstahl ist ausgeschlossen. Der Schlüssel kommt nie von meiner Seite, und nachts schläft mein Hund bei mir im Zimmer. Auch ein Einbruch ist ausgeschlossen; es müßte irgendeine Spur am Schranke zu sehen sein." — „Sie werden den Brief doch herausgenommen haben." — „Dann bin ich geistesschwach." — „Sie werden ihn finden. Zudem, es ist ja gleich: Sie haben ihn gesehen, und das genügt. Sie haben ja recht, wie sollte der Mann Ihnen einen Brief in die Hand geben, der falsch ist; die Entdeckung war doch sicher!"

„Aber ich muß jetzt hinüber, Justizrat. Wie soll ich Therese —" — „Mein lieber Freund —" — „Ich muß trotzdem nach Buenos Aires, jetzt erst recht, ich muß Magna aus seinen Händen befreien. Mein Kind, mein armes Kind." — Er schwankte plötzlich, hätte ihn der Justizrat nicht gestützt, er wäre zu Boden gebrochen. Der Justizrat holte Wein, und der Reeder trank. „Entschuldigen Sie die Schwäche." — „Sie ist so verständlich, und ich — Sie glauben nicht, was ich mir für Vorwürfe mache." — „Und Berlin? Was habe ich getan! Das ist natürlich auch alles Schwindel, ich bin blamiert! Justizrat, das ist das Ende." — „Ich bitte Sie, bleiben Sie ruhig! Wir wollen zu Ihnen; wenn möglich Ihrer Frau das Schlimmste nicht sagen. Wir müssen in Ruhe beraten. Wenn ich nur den Brief hätte." — „Sie werden ihn finden." — „Ich muß ihn finden, und wenn ich die ganze Nacht suche."

„Das Telephon klingelte. „Ist Herr Justizrat dort?" — „Selbst am Apparat." — „Sie entschuldigen, waren Sie an der Bahn? Frau Senator ist besorgt, weil der Herr nicht gekommen ist." — „Wir sind beide hier; wir kommen sogleich."

Sie nahmen ihre Hüte und gingen hinüber. Wie froh war der Reeder aus Berlin gekommen, jetzt mußte er sich auf den Arm des Justizrates stützen. „Ich bitte Sie, nehmen Sie sich zusammen, ihre arme Frau!" — „Wir wollen einen Augenblick ins Kontor eintreten."

Wörland ließ sich in den Ledersessel fallen, die Kühle des hohen Gewölbes tat ihm wohl. Görner stand dienstbereit ihm zur Seite. „Sind Sie nicht wohl, Herr Senator?" — „Müde, nichts weiter. Ist etwas vorgefallen im Geschäft?" Er fragte eigentlich nur, um etwas zu fragen. „Nichts von Bedeutung; nur, Sie werden in Berlin gelesen haben, der Konkurs Sörensen." Wörlaud blickte auf. „Konkurs Sörensen?" — „Gestern erklärt. Uebrigens Sörensen Vater und Sohn sind schon seit drei Tagen nicht mehr in Bremen." Wörland sprang auf. „Geflohen?" — „Voraussichtlich an demselben Abend, an dem Sie mittags abreisten." — „Görner, und unser Wechsel?" — „Welcher Wechsel?" — „Ich habe doch an dem Mittag eine Stunde vor meiner Abreise Sörensen einen Wechsel diskontiert! Sie waren zu Tisch, aber ich habe ja Schlüssel zum Tresor, ich habe das Papier unter dem Datum des Verfalltages in die Wechselmappe gelegt; leider vergaß ich in der Eile, Ihnen eine Notiz davon zu machen." — „Und ich habe natürlich in den Tagen die Mappe nicht kontrolliert."

(Fortsetzung folgt.)

Berücksichtigung der Wünsche der neuen Abonnenten und Beseitigung der Unzulänglichkeiten auf den bestehenden Telephonlinien war infolge der schwierigen Lage unmöglich. Da das Ministerium für Post und Telegraphen in Warschau schädliche Folgen dieser Vernachlässigung befürchtete, hat es schon den Ausbau der hiesigen Telephonzentrale für 800 neue Anschlüsse angeordnet. Die diesbezüglichen Arbeiten werden ungefähr drei Monate dauern. Unabhängig davon wurden alle Vorbereitungen getroffen, um so bald wie möglich zum Bau neuer Telephonlinien nach Warschau, Posen, Danzig, Krakau und Bielitz zu schreiten.

Zu den schlesischen Sejmwahlen. Im 3. Wahlbezirk (Königshütte) wurden folgende Deutsche gewählt: auf Liste 3 (Deutsche Sozialisten) Redakteur Johann Kowoll, auf Liste 6 (Deutsch-katholische Partei) Bernhard Jankowski, Leopold Michacz, Bürgermeister in Tarnowitz-Höhe, Michel Goldmann, Bergwerksverwalter in Königshütte; auf Liste 7 (Deutsche Partei) Kurt Meyer, Arbeitersekretär in Königshütte, Josef Pawlak, Beamter der Grube Lipina.

Einrichtung der oberschlesischen Sejmkanzlei. Zwecks Organisierung einer Kanzlei für den oberschlesischen Landtag ist in Warschau auf Ersuchen des Innenministers der vom Warschauer Sejm delegierte Zygmunt Karczewski eingetroffen.

Beschlagnahme von Gewerkschaftszeitungen an der oberschlesischen Grenze. Nachdem in den letzten Tagen die Drucksachen der Kommunisten an der Zollsperre in Hindenburg von polnischen Beamten beschlagnahmt worden waren, sind die gleichen Beamten einen Schritt weitergegangen. Sie beschlagnahmten nämlich auch das Gewerkschaftsorgan der freiorganisierten Metallarbeiter. Das Blatt erscheint in Stuttgart und wird in Hindenburg für beide Teile Oberschlesiens zur Verteilung gebracht.

Versammlung oberschlesischer Kaufleute. Gestern vormittag fanden sich in Kattowitz die Delegierten der kaufmännischen Vereine der Wojewodschaft Schlesien zusammen, um eine Reihe bemerkenswerter Fragen zu erörtern. Auf der Tagesordnung standen zunächst die letzten

Tumulte in Kattowitz.

Der Vorsitzende, Herr Klimanek, gab nochmals eine Darstellung dieser Vorgänge, die alle früheren Ereignisse in Oberschlesien weit in den Schatten gestellt haben. Er berichtete über die Auszahlung von Vorschüssen durch die Wojewodschaft und über die Zollfreiheit für die Waren, die als Ersatz für die geraubten und zerstörten Waren beschafft werden müssen. Bekanntlich hatte der Wojewodschaftsrat beschlossen, sofort 10 Millionen Reichsmark als Vorschuß auf die geforderte Gesamtsumme zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende teilte mit, daß nunmehr gestern und vorgestern die Überweisung dieser 10 Millionen erfolgte. Ob diese Summe nun als Kredit gilt, den, wie es heißt, die Stadt an die Wojewodschaft mit 3½ Prozent verzinsen soll, oder ob die Wojewodschaft diese Zahlung direkt trägt, das ist eine Frage, die noch der Klärung bedarf, die aber für die Kaufmannschaft praktisch nicht von Bedeutung ist.

Der Delegierte der Teschener Kaufmannschaft berichtete über ähnliche Tumulte, die sich vor 2½ Jahren in Bielitz und vor 1½ Jahren in Teschen ereigneten und die fast denselben Umfang annahmen, wie die Kattowitzer Ausschreitungen. Sicherheit gewähren könnte hier nur ein ausreichender und zuverlässiger polizeilicher Schutz, und daß dieser in Kattowitz noch nicht bestünde, das ginge aus allem, was man erlebt habe, hervor. Das nächste Kapitel der Tagesordnung war der

Valutafrage

gewidmet. Die Referenten zu diesem Punkt berichteten, wie es kurz nach den Ausschreitungen im Anschluß an die große Zahlungskrise zur Einführung der doppelten Währung und des bekannten Tages-Zwangskurses kam. Infolge dieser Zahlungen in der Doppelwährung ist der Kaufmannschaft ein ganz bedeutender Schaden entstanden. Die Kaufmannschaft hatte sich seinerzeit in einer Besprechung mit den Vertretern des Wojewodschaftsrates, dem Vertreter des Finanzministeriums und der D.-Banken bereit erklärt, die polnische Mark in Zahlung zu nehmen. Die Wojewodschaft hatte erklärt, daß es sich hierbei um eine vorübergehende Maßnahme handele und sie hatte die Herausgabe eines täglichen Wechselkurses verfügt, der Kaufmannschaft und Arbeiterschaft gleichermaßen sichern sollte. Dieser Wechselkurs sollte früh morgens 8 Uhr vor den Postämtern zum Aushang kommen und sollte seine Gültigkeit behalten bis abends 8 Uhr, um der Kaufmannschaft Gelegenheit zu geben, das polnische Geld noch am gleichen Tage und zum gleichen Kurse bei der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa einzuwechseln. Der Gedanke an sich war gut. Aber in der praktischen Durchführung stellten sich eine Reihe erhebliche Schwierigkeiten ein. So war in Kattowitz die Krajowa Kasa nicht imstande, bis abends 8 Uhr alle Klienten zu befriedigen, so daß ein hoher Prozentsatz das Umwechseln des Geldes erst am nächsten Tage vornehmen konnte. Solange sich der Kurs der polnischen Mark in gleicher Höhe hielt, mochte es angängig sein; aber als die polnische Mark rapide zu fallen begann, büßte die Kaufmannschaft ganz erhebliche Summen ein. Ähnlich ging es der Kaufmannschaft in den kleineren Industrieorten, an denen sich keine Zahlstelle der Krajowa Kasa befand, und die erst ein oder zwei Tage später, also nach ganz beträchtlichen Kursveränderungen Gelegenheit hatten, das Geld einzuwechseln. Es wäre eine Erleichterung gewesen, wenn außer jener Kasse sämtliche Postämter verpflichtet gewesen wären, diese Tages-Zwangskurs-Einwechselung vorzunehmen. Daneben aber hatten sich noch eine ganze Reihe anderer Unzulänglichkeiten herausgebildet. So war die Herausgabe der Tageskurse durch die Postämter unzuverlässig und manche Postanstalten ließen den Kurs mehrere Tage lang aushängen, ohne ihn entsprechend abzuändern. Die Folge davon war, daß sich die Arbeiterschaft immer noch auf diesen Kurs stützte, während er in Wirklichkeit schon wesentlich niedriger war. Die Unzuträglichkeiten, die sich hierbei herausstellten, nahmen manchmal einen bedrohlichen Charakter an. Der Vorstand des Verbandes konnte die Schwierigkeiten, die sich aus den Kursvarianten ergaben, nicht voraussehen, denn der Delegierte des Finanzministeriums hatte erklärt, daß die polnische Regierung dank ihrer Milliardenguthaben Deutschland gegenüber in der Lage sei, den Kurs der polnischen Mark immer auf 20 zu halten. Wie unzuverlässig diese Äußerung war, geht daraus hervor, daß heute bereits die polnische Mark unter 17 steht. Die Versammlung nahm zur Kenntnis, daß die nächste Löhnung wieder zu mindestens 65 bis 70 Prozent in deutscher Währung erfolgen wird. Mit Rücksicht darauf beschloß sie, in der Valutaangelegenheit nichts mehr zu unternehmen, da die genannten Schwierigkeiten in dem Augenblick hinfällig werden, in dem wieder in deutscher Währung gezahlt wird.

Die Kreditnot der Kaufmannschaft

und ihre Behebung war Gegenstand der nächsten Erörterungen. Hierzu führte der Verbandssyndikus, Dr. Strencioch, folgendes aus: Der Kaufmann befindet sich gegenwärtig in einer außerordentlich schwierigen Lage. Es stehe ihm nicht genügend Geld zur Verfügung, die neuen Einkäufe vorzunehmen. Die Läden stünden leer und es entwickelte sich immer mehr eine Handelskrise. Von den Banken sei keine Unterstützung zu erwarten. Einmal sei es ungemein schwierig, von einer Bank ein Darlehen zu erhalten und wenn schließlich ein Darlehen gewährt werde, dann seien die Zinsen unerträglich hoch. So sei es eine Lebensnotwendigkeit für die Kaufmannschaft, eine Bank zur Verfügung zu haben, die auch dem kleinen Kaufmann Kredit zu einem mäßigen Zinsfuß gewähre. Hierauf verbreitete sich der Referent über die Möglichkeit eines solchen Institutes und über die Form, in der es angelegt werden solle. Die Kaufmannschaft folgte diesen Darlegungen mit hohem Interesse und gab dem Vorstand auf, das Projekt einer Kreditbank im Auge zu behalten und alle Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung zu schaffen. Zur Frage der Ausfuhrbewilligungen teilte der Vorstand mit, daß Oppeln endlich die Anweisung erhalten hat, beschleunigt die Anträge aufzuarbeiten und weiterzugeben. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, auf Grund der von Oppeln zugewiesenen Liste dann sofort die Genehmigung zur Einfuhr zu erteilen. Es ist damit zu rechnen, daß nun endlich die Wareneinfuhr in Fluß kommt.

Ausbau der Eisenbahnen in Polnisch-Schlesien. Der „Przegląd Wieczorny" veröffentlicht unter dem 29. September eine Unterredung mit dem Direktor des Departements für den Bau von Eisenbahnen. Das Eisenbahnministerium hat einschlägige Anträge über den Ausbau der schlesischen Linien bereits im Finanzministerium niedergelegt. Diese Anträge planen einen Umbau und Ausbau von Kreuzungsstationen, den Bau von Linien, die dazu bestimmt sind, Mittelpunkte, wie Beuthen, zu umgehen, und schließlich den Bau von neuen Linien. Mit dem Bau von Linien, die dazu bestimmt sind, Mittelpunkte zu umgehen, ist schon begonnen worden. Die neuen Linien sollen den Zweck haben, sich von den Linien, die Deutschland zuerkannt worden sind, unabhängig zu machen. Es werden folgende Strecken gebaut werden: Dziedzice—Zebrzydowice, Powłowice—Chyby und Herby—Wieluń—Podzamcze, eine Strecke, die dazu bestimmt ist, Kreuzburg zu umgehen. Nach gewissenhaften Berechnungen sind die Kosten dieser Investitionen auf 650 Millionen deutsche Mark veranschlagt worden.

Erklärung für den Mangel an deutschem Geld in Oberschlesien.

Der Ostagentur wird aus Berlin unter dem Datum des 29. September gemeldet: Im Zusammenhang mit polnischen Pressestimmen, die den **Mangel an Zahlungsmitteln** in Oberschlesien erörtert haben, hat sich das Auswärtige Amt an die polnische Gesandtschaft in Berlin gewandt und ihr die Ursachen dieses augenblicklichen Mangels in Oberschlesien mitgeteilt. Das Auswärtige Amt weist auf den allgemeinen Mangel an Zahlungsmitteln in ganz Deutschland hin, der in den letzten Wochen lähmend auf das Wirtschaftsleben Deutschlands gewirkt habe und durch den plötzlichen Sturz der deutschen Valuta hervorgerufen worden sei, wodurch die deutsche Regierung unerwartet vor die Notwendigkeit gestellt war, eine viel größere Anzahl von Banknoten zu liefern als bisher. Das Auswärtige Amt fügt hinzu, daß auch der Streik in der Staatsdruckerei, der es der Regierung unmöglich machte, die erforderliche größere Anzahl von Banknoten herauszugeben, hierbei nicht ohne Bedeutung gewesen ist. Das Auswärtige Amt stellt dann fest, daß die bedauernswerte Spärlichkeit an Zahlungsmitteln nur eine vorübergehende Erscheinung sei, und daß man alles tun werde, um mit möglichster Beschleunigung die Banken in Polnisch-Oberschlesien mit den nötigen Geldmitteln zu versorgen — So findet der so viel und laut beklagte Mangel an deutschem Geld in Oberschlesien seine ganz natürliche Erklärung in der eigenen Not Deutschlands. Die polnische Presse aber konnte nicht oft genug Deutschland bösen Willen in dieser Frage vorwerfen. Man sieht, wie wenig die polnische Presse, die unter der Suggestion der französischen Auffassung steht, einer objektiven Beurteilung der Lage Deutschlands fähig ist.

Aus der polnischen Presse.

Ein scharfer Angriff auf die Nationaldemokratie.

Der „Kurjer Polski" vom 28. September bringt einen Leitaufsatz unter der Überschrift „Państwożerstwo", d. h. Staatsfresserei, (eine kühne Wortbildung, die an „Ludożerstwo", d. h. Menschenfresserei, erinnern soll. Die Red.). In diesem Artikel wird die Nationaldemokratie und ihr staatsfeindliches Auftreten aufs schärfste gegeißelt. Der Verfasser beginnt: Als am letzten Tage der Sejmberatungen von den Bänken der Rechten, die unter den Schlägen des Herrn Jastrzębski verstummte, allein der Geistl. Lutosławski wie geistesabwesend sinnlose Zwischenrufe in den Saal schleuderte, fiel von der Linken das Wort: „Verrückter!" Sicherlich: dieses spukende Gespenst vergangener Jahrhunderte muß in der Tageswelt der Gegenwart durchaus den Eindruck der Verrücktheit machen, wenn unter dem Einfluß des Affektes in ihm alle Hemmungszentren gelähmt werden und mit elementarer Gewalt aus seinem Munde ein Strom von Haß, Fanatismus, Parteisucht und Zank hervorbricht. Leider sei, so fährt der „Kurjer Polski" fort, Geistl. Lutosławski nur ein Repräsentant seiner Partei, nur ein Vertreter des Gesamtwahnsinnes der Nationaldemokratie, der sich auch in der erstaunlich gedankenleeren Rede des Abg. Radziszewski und in dem unmöglichen Antrag des Abg. Majewski kundgab. Jede sachliche Polemik mit den Finanzklüglingen der Nationaldemokratie sei überflüssig. Die Formel des Abg. Majewski betreffs die Sicherung der Anleihe sei kopiert von den russischen Schatzbilletts traurigen Andenkens. Die Formel ist deshalb ein Nonsens, weil die Verantwortlichkeit mit dem gesamten Staatsbesitz für die Anleihe sich von selbst versteht und der wirkliche Wert der Versicherung eigentlich beruht auf der Anweisung eines genau begrenzten Gegenstandes, im gegebenen Falle des Goldes, welches im Besitz des Staates ist. Sodann geht das Blatt dazu über, den Kampf der Nationaldemokraten gegen die Anleihe als solche zu verurteilen und weist auf die politische Bedeutung dieses Kampfes hin. In allen Staaten hätten im Lauf der Geschichte sehr starke Parteikämpfe stattgefunden. Der Unterschied zwischen den Parteien anderer Länder mit ausgebildetem staatlichen Instinkt und den Nationaldemokraten liege nicht in der Schärfe, sondern in dem Boden, in dem sich der Kampf abspiele. Anderswo gibt es gewisse Gebiete des staatlichen Lebens, auf welche sich dieser Kampf nicht erstreckt, und die Festlegung und Respektierung dieser Grenzen ist ein Beweis und ein Maßstab des staatlichen Patriotismus. Überall existiert ein solches Burgfriedensgebiet (treuga dei) für die Parteien. Nicht gegenüber der gesamten auswärtigen Richtung der auswärtigen Politik, aber gegenüber einer konkreten Handlung der Regierung auf diesem Felde, nicht gegenüber der ganzen Finanzpolitik eines bestimmten Ministers, aber gegenüber einer bestimmten einzelnen Kreditaktion desselben. In England werde dieser Grundsatz befolgt. Obgleich die öffentliche Meinung gegen die ganze Orientpolitik des Kabinetts sei, so falle es doch niemandem ein, die Aktion zu durchkreuzen, welche die Regierung unternommen hat, um den Frieden mit der Türkei herbeizuführen. Die Engländer verstehen, daß dieses nicht Gegenstand der Opposition sein kann, daß es hier schon nicht mehr um die Regierung, sondern um den Staat selbst geht, um seinen Einfluß und seine Stellung in der Welt. Nicht nur in England, sondern in keinem andern zivilisierten Lande ist auch ein solcher Kampf gegen eine von der Regierung beabsichtigte Anleihe möglich, der mit Mitteln geführt wird, die sich nicht gegen den Minister richten, sondern gegen den Staatskredit. Man kann sicher sein, daß selbst in Haiti sich in der Volksvertretung niemand gefunden hätte, der sich eine derartige Felonie (Treubruch) gegen den Staat hätte zuschulden kommen lassen, wie die Behauptung, daß der Staat gar nicht das Gold besitze, auf das er seine Kreditoperationen stützen könne. **Es gäbe kein so wichtiges Staatsgut, welches nicht die Nationaldemokratie für ihr Parteiinteresse aufs Spiel setzen würde, die Stücke von dem lebenden Körper des Staates losreißt zum Fraß für den Parteimoloch.**

Die ungewisse Lage im Orient.

Venizelos Vertreter Griechenlands auf der Friedenskonferenz?

Nach einer Pariser Meldung der „Times" ist anzunehmen, daß Venizelos, nachdem König Konstantin auf den Thron verzichtet hat, sich bereit erklären wird, als Delegierter Griechenlands an der Friedenskonferenz teilzunehmen, trotz der außerordentlich schwierigen Lage, in der er die Geschäfte übernehmen würde. Die Aussichten der Konferenz werden in Pariser griechischen Kreisen so pessimistisch beurteilt, daß von einem möglichen völligen Zusammenbruch Griechenlands gesprochen wird. Die letzte Phase der Krise in Athen wird augenscheinlich von den Militärs und nicht von den Venizelisten bestimmt. Der Unruheherd ist nicht nur Mytilene gewesen, sondern auch Saloniki, wo sich 8000 Mann erhoben. In Athen ist es ruhig. Der König fand keine Stütze mehr im Volke, nicht nur wegen der Niederlage in Kleinasien, sondern auch wegen der erst jetzt fühlbaren internationalen Isolierung, in die Griechenland seit der Pariser Konferenz geraten ist.

Nach dem „Petit Parisien" steht es nicht in der Macht des Herrn Venizelos, Smyrna oder Thrazien an Griechenland zurückzugeben. Es kann schon als ein Glück betrachtet werden, wenn es gelingt, den finanziellen Zusammenbruch zu verhindern. „Gaulois" und „Figaro" sprechen die Befürchtung aus, daß die Abdankung Konstantins die Situation in bedenklicher Weise kompliziere. Im „Figaro" schreibt Henry Bidou: „Die Abdankung des Königs erschwert die Wiederherstellung der Ordnung im nahen Osten. Der Hauptschuldige verschwindet. Griechenland erscheint im Unschuldkleide, wahrscheinlich um zu erklären, daß es die Folgen einer Politik nicht tragen könne, für die die frühere Regierung verantwortlich sei. Wir wollen hoffen, daß jetzt nicht auch noch die Türken das Werk des Friedens durch Ungeduld und maßlose Ausnutzung des Sieges erschweren werden." Der „Oeuvre" zeigt eine tiefere Einsicht als andere Blätter, indem er sagt: „Venizelos ist an den Verhältnissen mit schuld. Er hat seine Popularität verloren, als er den Größenwahn der Griechen reifen ließ.

Athen, 30. September. Über die Bildung einer neuen Regierung sind Beratungen zwischen hervorragenden Führern der Venizelisten und den militärischen Führern der revolutionären Bewegung im Gange. Nach einer neuen Version sollen den Posten des Ministerpräsidenten General Nidor, den Außenministerposten Karapanas oder Karomilas, das Portefeuille des Finanzministers Diomedes übernehmen. Während der Beratungen ist die dynastische Frage sowie die evtl. Einführung einer republikanischen Verfassung in Griechenland besprochen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß heute noch die Republik proklamiert wird.

Englische Vorbereitungen.

London, 30. September. Der englische Ministerrat hielt am Donnerstag drei Sitzungen ab, die alle vollkommen der Orientfrage gewidmet waren. In der verflossenen Woche hat die Regierung einige tausend Lastkraftwagen bestellt. Am Freitag sind zwei Bergbatterien nach Konstantinopel abgegangen. Ferner wurden Maßnahmen dahin getroffen, daß eine bestimmte Anzahl von Krankenschwestern aus dem Militärspital in Nelley jederzeit zur Ausreise bereit ist.

Konstantinopel, 30. September. Die Oberkommissare der Alliierten in Konstantinopel sowie die Generale sind nach Erörterung der Depeschen, die zwischen Mustafa Kemal Pascha und General Harrington gewechselt worden sind, zu der Überzeugung gekommen, daß das beste Mittel, die Lage zu klären, die unmittelbare mündliche Verständigung zwischen Kemal Pascha und General Harrington sei. Diese Entscheidung ist sofort, nachdem sie getroffen worden war, auf telegraphischem Wege Kemal Pascha mitgeteilt worden.

London, 30. September. Die hiesige Presse bespricht die Lage im Orient und betont, daß sie weiterhin sehr ernst sei. „Times" schreiben: In den letzten Stunden haben fünf Kabinettssitzungen stattgefunden, die der Orientfrage gewidmet waren. Alles deutet darauf hin, daß die Lage, in der sich die Regierung befindet, ernster ist als allgemein angenommen wird.

Sowjetrußlands Teilnahme an der Konferenz.

Paris, 30. September. Nach Informationen des „Petit Parisien" hat die Sowjetregierung auch an die französische Regierung eine Note abgesandt, in der sie fordert, daß Sowjetrußland zur Teilnahme an der Friedenskonferenz über die Orientfrage zugelassen wird. Es ist unwahrscheinlich, daß die französische Regierung der Sowjetregierung antworten wird. Falls sie antworten sollte, dann dürfte die Antwort unbedingt negativ ausfallen

Beschleunigter Vormarsch der Kemalisten nach Norden.

Rom, 30. September. (Tag.) Nach Meldungen aus Smyrna rückt die Armee Kemals in drei Heeressäulen nach Norden zu. Der rechte Flügel marschiert auf Ismid, das Zentrum auf Panderma und der linke Flügel auf Tschanak. Im Bezirk von Smyrna sind nur noch schwache Kräfte zur Sicherung der Etappe zurückgelassen worden. Nach Versicherungen Kemal Paschas wird das Gros des türkischen Heeres Anfang nächster Woche seine neuen Aufmarschstellungen beziehen.

Scharfe sowjetrussische Note an Rumänien über Beßarabien.

Moskau, 30. September. (Tel.-Un.) Der Vertreter des Volkskommissars für Außenangelegenheiten Karachan hat dem Außenminister Rumäniens eine Note in der Abrüstungsfrage übersandt. Es heißt darin: Die rumänische Gesandtschaft in Berlin hat der russischen Gesandtschaft die Antwort der rumänischen Regierung auf die Einladung zur Moskauer Abrüstungskonferenz überreicht. Rumänien sei danach nur unter der Bedingung bereit an der Konferenz teilzunehmen, wenn es von Rußland Beßarabien zuerkannt bekomme. Eine derart unerhörte Forderung zeuge davon, daß Rumänien nicht den Wunsch hat, mit seinen Nachbarn einen gesicherten Frieden anzustreben. Die Absicht Rumäniens, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, zwingt die russische Regierung festzustellen, daß Rumänien der einzige Nachbarstaat sei, der nicht den Willen hat, seine Beziehungen zu Rußland auf eine friedliche Basis zu stellen, sondern sich die volle Freiheit für weitere Rüstungen und die Vermehrung der Wehrkraft offen zu halten. Zugleich erklärt die russische Regierung, daß sie die rumänische Regierung für sämtliche Schwierigkeiten, die ihr in der Abrüstungsfrage begegnen werden, als verantwortlich betrachten wird. Die Note wurde an die Außenminister Englands, Frankreichs, Italiens, Griechenlands, Bulgariens, Südslawiens und den Ministerpräsidenten Ägyptens gerichtet.

Sowjetrußland.

Russischer Revolutionserinnerungstag.

Moskau, 29. September. Am 15. Jahrestage der russischen Revolution gibt Rußland besondere „Erinnerungs- und Propagandabriefmarken" heraus. Es wird besondere Marken für einfache eingeschriebene Inlands- und Auslandssendungen und auch für die Luftwege geben. Die Räteregierung beabsichtigt überhaupt, in diesem Jahre den „Revolutionstag" besonders zu feiern. Die Städte sollen illuminiert werden, es werden Volksbelustigungen, Feiern usw. im ganzen Lande stattfinden, damit „das arbeitende Volk die Bedeutung des Tages sich einpräge".

In der Nacht vom 27. zum 28. September entschlief unerwartet unser lieber, verehrter Pfarrer,

Herr Pastor Emil Geske,

im Alter von 58 Jahren.

Tief erschüttert und in aufrichtiger, herzlicher Trauer stehen wir an dem Sarge unseres Seelsorgers. Zu früh wurde er uns genommen. Wir sind uns bewußt, was wir in ihm verloren haben. Was er sagte, war seine Ueberzeugung, und diese Ueberzeugungstreue entsprang seinem tiefen Glauben. Fest in dem Evangelium wurzelnd, wie es uns Luther überlieferte, und auf dieser reinen Lehre unbeirrt fußend, hat er unter uns als Prediger über drei Jahrzehnte mit Segen gewirkt: den Erwachsenen jederzeit ein aufrechter Berater, dem heranwachsenden Geschlecht ein pflichttreuer Lehrer, der sich seiner Aufgabe und Verantwortung voll und immer bewußt war, die ihm sein hohes Amt gerade der Jugend gegenüber auferlegte.

Das werden ihm die Gemeinden, die seiner Seelsorge anvertraut waren, niemals vergessen!

Sein Andenken wird über das Grab hinaus bei uns fortleben.

Die Körperschaften d. Kirchengemeinde Kletzko.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 3. Oktober, nachm. 3 Uhr, nach Ankunft des Gnesener Zuges, von der Kirche in Kletzko aus statt.

Besondere Anzeigen werden nicht verschickt! [9368

Am Sonntag, dem 1., Mittwoch, dem 4. und Sonntag, dem 8. Oktober d. Js.,

finden auf dem **Rennplatz in Ławica** bei Poznań statt:

Pferde-Rennen

mit Totalisator,
veranstaltet vom Wielkopolskie Towarzystwo Wyścigów Konnych und

Trabrennen

mit Totalisator,
veranstaltet vom Towarzystwo Wyścigów Kłusowych.

Anfang um 1 Uhr 30 Min. nachmittags. — Ein Sonderzug nach Ławica geht vom Offizier-Pavillon in Poznań um 1 Uhr ab; Rückfahrt um 6 Uhr.

Vorverkauf der Eisenbahnfahrkarten, der Eintrittskarten zum Rennplatz und der Programme **im Polnischen Reisebüro „Orbis", plac Wolności (früh. Wilhelmplatz) 9.**

Auf dem Rennplatz: **Konzert des Trompeterkorps** des 15. Ulanen-Regiments.

TEATR PAŁACOWY

Heute: [492

Lady Hamilton.

Der prachtvollste Film der Welt!

In den Hauptrollen: **Liane Haid — R. Schünzel — Conrad Veidt.**

Beginn der Vorstellungen:
an Wochentagen um $4\frac{1}{2}$, $6\frac{1}{2}$, $8\frac{1}{4}$ Uhr, Sonntags um **4**, letzte Vorstellung um **9** Uhr.

Privat-Handelsschule

Neue Kurse. [8914

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie. Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Schecklehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Esperanto usw.

Sprechzeit des Schulleiters, **Poznań, ul. św. Wojciech 29,** von 2—3 und ausnahmsweise von 7—8 Uhr.

— — — Schulhaus im Zentrum der Stadt. — — —

Möbliertes Zimmer sucht Studentin, am liebsten in Sołacz. Off. u. **9364** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Vom Kuratorium zur Einführung genehmigt:

Wesoły Początek

Polnisches Lesebuch für deutsche Schulen

von **H. Seydell.**

2. verbesserte und vermehrte Auflage.

Ladenpreis einschließlich Teuerungszuschlag **720** Mark.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie durch den

Kommissions-Verlag

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.,

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Leder-, Kamelhaar-, Hanf-Treibriemen



ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019 (2104b

Spielplan des Großen Theaters.

Sonnabend, den 30. 9., abends $7\frac{1}{2}$ Uhr: **„Straszny Dwór"**, Oper von Moniuszko. (halbe Preise).

Sonntag, den 1.10., nachm.: **„Traviata"**, (halbe Preise). abends $7\frac{1}{2}$ Uhr: **„Aida"**.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Eiserne

Breitdreschmaschinen

eigenes Fabrikat nach System Jaehne, Landsberg in Kugellagern laufend, mit Rollenschüttler, fahr- und lenkbar, Trommelbreite 1750 m/m,

Göpel, Häckselmaschinen für Göpel- u. Kraftbetrieb, **Kartoffelgraber, System Harder mit 5 Stäben, Kartoffelsortiermaschinen, Kartoffeldämpfer, Pflüge, Kartoffelwaschmaschinen, Getreidereinigungsmaschinen, Scheiben-, Saat- und Ackereggen, Walzen, Kartoffel- und Rübengabeln, Stabeisen, sämtliche Baumaterialien, Oele, Fette, Benzin, Verpackungen, sowie sämtliche anderen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte**

empfiehlt zu günstigen Preisen ab Lager [9318

Mecentra

Maschinen-Zentrale T. z o. p., Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Filiale unter der Firma:
Mecentra. Zweigniederlassung
Maschinenfabrik Międzychód.

Die schönsten Handarbeiten

nach den vorzüglichen Anleitungen und herrlichen Mustern von

Beyers Handarbeitsbüchern

Kreuzstich 2 Bände.

Ausschnitt, Stickerei, 2 Bde. — Strickarbeiten, 2 Bde. — Klöppeln, 2 Bde. — Weißstickerei, Sonnenspitzen, Kunststricken, Hohlsaum- und Leinendurchbruch, das Flickbuch, Häkelarbeiten, 4 Bde. — Schiffchenarbeiten, Buntstickerei. 2 Bde. — Hardanger-Stickerei. —

Buch der Puppenkleidung.

Ueber 60 verschiedene Bände. [9375

Verlag: Otto Beyer, Leipzig.

Vertretung für **Polen:**

Beyer's Handarbeitsbücher, Poznań, ul. Grobla 25a.

Verlangen Sie kostenlose Preisliste.

Ankäufe u. Verkäufe

Wasser-Mühle

zu kaufen gesucht. Anzahlung 20 Mill. M. Ausf. Angebote u. **9358** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Briefmarken

ganze Sammlungen usw. kauft jedes Quantum

9149 **W. Zinnecker, Katowice Oberschles.**

Große Auswahl

in

Kunstblättern
Postkarten
Postkartenalben
Briefkassetten
Rahmen

Bilder - Einrahmungen
werden sofort ausgeführt.

Papierhaus
Schiller
ul. Szkolna 10
(fr. Schulstrasse)
am Stadtkrankenhaus.

Photogr. Atelier
„beim Schloss"
(Św. Marcin 37).
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Möbeltaxen

auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Max Bernhardini,** Möbelhändler, Aleje Marcinkowskiego 3b.

FürStadt u.Land **viele gute Heiraten.** Damen u. **Herren**, a. ohne Vermögen, gibt kostenlos Auskunft Frau Puhlmann, Berlin, Weissenburgerstr. 43

Damen

finden Aufnahme bei **Frau Gryffkowska, Hebamme, Bydgoszcz, Dluga 5. Tephon 1673.** (9315

Suchen Sie Käufer? 6231

Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.

Meckelburg & Co.
Handelsfirma, Zentrale Poznań, Jeżyce, ul. Patr. Jackowskiego 35.

Ia Klebemasse

Danziger Ware

preiswert ab Lager lieferbar [9319

Mecentra
Maschinen-Zentrale T. z o. p.
Poznań,
ul. Zwierzyniecka 13.

Kieferne

Brennhölzer,

Scheite und Rollen,
ab Wald (günstig zur Bahnverladung) verkäuflich. [9355

Preisangebote pro Rmtr. erbeten.

Forstverwaltung Leśny Folwark,
Post Miedzichowo, powiat Nowy Tomyśl.



Zur Erzielung einer raschen Mast und Erhaltung eines gesunden Viehbestandes verwendet jeder Landwirt und Viehzüchter **nur unseren gewürzten, kohlensauren**

Futterkalk „Tucz" Marke B.

Sämtliche Mengen liefert sofort

Generalvertreter d. Leipziger Futterkalkwerks „Vollkraft"

W. Zieliński i Ska., Poznań,
ul. św. Józefa 5. — Telephon 2995.

Kleine (9372

Wirtschaft,

1,83,00 ha groß, 44 Obstbäume, mit massivem Haus u. Stallung, jedoch unter Strohdach, mit freier Wohnung u. 3 Ztr. Roggen angebaut, sowie ein 2. Haus, ganz massiv, 1912 erbaut, 2 schöne Stuben, Küche, Hausflur u. Vorbau, mit Stallung, zusammen mit auch freier Wohnung, für 3000000 M. poln. sofort z. verkaufen. Am Orte 1800 Einwohner u. 2 evgl. Kirchen. **Strasburger, Czarnylas, pow. Odolanów, Stacja Antonin.**

Grauen Haaren
gibt die Naturfarbe
unter Garantie wieder
„Axela"
Haar-Regenerator
Flasche 500 Mk, bei
J. Gadebusch,
Poznań, Nowa ul. 7
od. „Axela" G.m.b.H.
Berlin SW Friesenstr. 24
Ecke Arndtstr. Drogerie.

Pergament
Packpapier
Briefordner
Schnellhefter
Kopierbücher
Maschinenpost
überhaupt allen
Bürobedarf
liefert
Papierhaus
Schiller
ul. Szkolna 10
(fr. Schulstrasse)
am Stadtkrankenhaus.

Erle, Birke, Pappel,

sowie jedes andere **Laubholz,** kauft [9345

Przemysł drzewny, Eduard A. Lehmann, Ostrów.

Handelsgärtnerei, in voll. Betrieb, 6 Mrg., neue Gewächshäuser, dazu gehörend kleine Landwirtschaft, 12 Mrg. Alle Gebäude massiv, schönes Wohnhaus für 2 Fam., alles in bestem Zustande, mit allen Beständen sofort zu verkaufen. **E. Rademacher, Gärtnereibesitzer, Sarnowa, pow. Rawicki.**

Der neue [9293

Post-Tarif

auf Karton gedruckt und mit Oese versehen, ist zum Preise v. **50 M.** das Stück durch uns zu beziehen. Nach außerhalb tritt **10 M.** Porto hinzu.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Zwierzyniecka 6.

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Oktober 1922

durch die Post zum Preise von M. 990.— monatl. zuzüglich Zustellgebühr.

Name ______ Wohnort ______

______ Straße ______

Gelegenheitskauf.

14/38 PS. Opel

fast neu, mit elegant. Sport-Luxuskaross., erstklassig ausgestattet, offeriert

„Brzeski-Auto", Tow. Akc.,

Tel. 4121 — Poznań, ulica Skarbowa 20 — Tel. 3417.

Meyer's Konversations-Lexikon,

20 Bände, eleg. gebunden, m. Goldschnitt, preisw. zu verk. Zu erfr.: **Wilinski, Górna Wilda 61.** (9365

Junge Dame sucht eine

nette Freundin

nicht unter 30 Jahren. Angebote unter **9262** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Nahrungssorgen.

Erntedankfest — wird heute allenthalben sein Grundton reine, dankbare Freude sein? Wir haben ein nasses Jahr hinter uns; in die Ernte ist viel Regen gefallen, nachdem zuvor in der Zeit des Wachstums Dürre und Kälte herrschten. Weithin ist die Ernte nur sehr mäßig ausgefallen. Die Preise für die Lebensmittel steigen immer weiter; der Winter steht vor der Tür; die langen Abende erfordern schon jetzt viel Beleuchtung — und auf den Herzen vieler liegen mit schwerem Druck die Sorgen um Nahrung, Kleidung, Lebensunterhalt. „Was werden wir essen?, was werden wir trinken?, womit werden wir uns kleiden?"

Jesus hat die Sorgen der Seinen gekannt. Ihr sollt nicht sorgen! Er weist auf die Vögel, die ihr Körnlein finden, er weist auf die Blumen des Feldes, die in ihrem Blütenschmuck so lieblich prangen. Wer erhält sie denn? Ist's nicht Gottes Güte? Und ihr seid mehr als Vögel und Blumen! ihr seid seine Kinder! Hat auch je ein Vater sein Kind verhungern lassen? Ihr sollt nicht sorgen! Er ist ein mächtiger und starker Gott; hat jemals seine Allmacht versagt? Ihr sollt nicht sorgen!

Das Wort muß recht verstanden sein. Das ist gewiß nicht sein Sinn, daß Jesus den sorglosen Leichtsinn empfiehlt, der in den Tag hineinlebt und des Morgen nicht gedenkt. Hat er doch selbst einst seine Jünger die übrig gebliebenen Brocken sammeln lassen! Aber es gibt ein starkes fröhliches Gottvertrauen, das seine Sorgen an Gottes Vaterherz legt: „Sorge, Vater, sorge du, sorge für mein Sorgen." Zu solcher Sorgenfreiheit ist keineswegs jeder Beliebige berechtigt. Wer selber nicht nach Gott fragt, wie sollte er einen Anspruch haben darauf, daß Gott nach ihm fragt? Sorglosigkeit ist Kindesrecht: euer himmlischer Vater weiß, daß ihr deß alles bedürft! Sorgenfreiheit ist nur das Recht derer, die Gottes Kinder sind.

So liegt auch hier eine ernste Frage für uns vor: sind wir berechtigt, alle unsere Sorge auf Gott zu werfen? Nur dann werden wir auch mit den Nahrungssorgen des Alltags fertig, wenn wir es gelernt haben zu beten: „Vater unser ... unser täglich Brot gib uns heute!" D. Blau-Posen.

Deutsches Reich.

** **Gemeindefinanzen und Geldknappheit.** Die Geldentwertung hat auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu einer starken Steigerung der Ausgaben geführt, ohne daß durch eine gleichzeitige Steigerung der laufenden Einnahmen ein Ausgleich geschaffen wäre. Die dadurch bedingte augenblickliche Geldknappheit der Gemeinden und Gemeindeverbände hat die Reichsregierung veranlaßt, ihnen aus den Erträgen der Reichseinkommensteuer verstärkte Vorschüsse auf ihren Anteil an der Einkommensteuer zu überweisen. Außer den bereits Ende vorigen Monats überwiesenen Summen hat die Reichsregierung jetzt zur Erleichterung der am 1. Oktober fälligen Zahlungen weitere namhafte Beträge zur Verfügung gestellt, die es ermöglichen, bis zum 30. September 200 Prozent des Einkommensteueraufkommens des Jahres 1919 für jedes der Jahre 1920, 1921 und 1922 auszuzahlen. Außerdem sind auch die bereits seit Ende vorigen Jahres gezahlten Vierteljahresvorschüsse auf die Besoldung der Kommunalbeamten seitens der Reichsregierung so erheblich gesteigert worden, daß weitaus der größte Teil des seit dem 30. September vorigen Jahres eingetretenen Mehrbedarfs am 1. Oktober dieses Jahres durch die Vorschüsse gedeckt sein wird.

** **Wiedereinführung der Kartoffelzwangswirtschaft.** Der Vorstand des sächsischen Gemeindetages hat sich gestern in einer Sitzung mit Wirtschaftsfragen, insbesondere der Kartoffelversorgung befaßt. Dabei hat sich eine Mehrheit für die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft in der Kartoffelwirtschaft gefunden. Es ist beschlossen worden, von der Regierung Mittel anzufordern, um die Gemeinden in die Lage zu versetzen, Kartoffeln für Minderbemittelte zu beschaffen. Endlich soll an das Reich herangetreten werden mit dem Ersuchen, Mittel zur Verbilligung der Kartoffelbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Von einer Eindeckung der Gemeinden mit Kartoffeln für die Gesamtbevölkerung muß abgesehen werden, da bei den hohen Preisen Summen notwendig wären, die die Gemeinden unmöglich aufbringen können.

** **Die Knebelung der Saarpresse.** Gegen die Ausweisung zweier sozialdemokratischer Redakteure aus dem Saargebiet, die vor kurzem von der Saarregierung angeordnet wurde, und gegen die Knebelung der freien Meinung durch die französischen Organe überhaupt, hat jetzt die gesamte Saarpresse protestiert. Sie weist darauf hin, daß die beiden Redakteure sich keiner ehrrührigen Handlung schuldig gemacht hätten. Der Regierungskommission wird weiterhin zum Vorwurf gemacht, daß sie ihre Zusicherung, die Pressefreiheit zu wahren, damit gebrochen habe. Der Protest bringt jedenfalls zum Ausdruck, daß die von Frankreich propagierte „Verständigungspolitik" durch solche Maßnahmen nicht gefördert wird. Eine Knebelung der öffentlichen Meinung sei das größte Unrecht, das einer gebildeten Nation zugefügt werden könne.

** **Manifest der vereinigten Sozialdemokratie an das arbeitende Volk Deutschlands.** Der „Vorwärts" veröffentlicht folgendes: „Das Werk der Einigung der sozialdemokratischen Parteien ist vollbracht. Durch die Massen ihrer Anhänger geht tieffreudige Bewegung: Ein Ziel ihrer Sehnsucht ist erreicht. Die Partei bedarf aller Kräfte, denn ein ungeheures Werk ist es, das ihrer harrt. Die junge Republik kämpft schwer gegen innere und äußere Gegner. Gewaltstöße der monarchistischen Reaktion erschüttern ihre Grundlagen. Der Krieg und seine Folgen, der Frieden von Versailles hat sie zum Schuldknecht der Welt gemacht. Die ungeheure Not der arbeitenden Massen dient der schrankenlosen Bereicherung weniger und fördert den Aufstieg einer Kapitalherrschaft, die das öffentliche Leben korrumptiert, und sich den Staat zu unterwerfen anschickt. Was will dagegen die Vereinigte sozialdemokratische Partei? Sie will Schutz und Festigung der jungen Republik. Sie will wirksamen Kampf gegen die schamlose Auswucherung des Volkes. Sie will eine vernünftige wirtschaftliche Ordnung, deren Leitstern das Gemeinwohl und das Recht jedes arbeitenden Menschen ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Darum verteidigt sie den Achtstundentag, kämpft sie für den Schutz der Arbeiterschaft, arbeitet sie Hand in Hand mit der modernen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, und darum erstrebt sie letzten Endes eine neue, von kapitalistischer Ausbeutung freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die allen ihren Anteil am Genuß aller Kulturgüter gewährleistet. In diesem Sinne führt sie ihren großen Kampf, nicht um eine neue Klassenherrschaft aufzurichten, sondern um jene zu zerstören, und damit dem schaffenden Volke seine Freiheit zu geben. In der Einigkeit liegt die Kraft. Haltet dem Ganzen die Treue, wie Ihr sie den einzelnen Teilen gehalten habt. Seid brüderlich im Rat, einig in der Tat. Duldet keine Zersplitterung! Werbt und wirkt mit verdoppelter Kraft für unsere gemeinsame große Sache."

Deutsche Wähler!

überzeugt Euch, ob Ihr in den Wählerlisten steht.

Die Listen liegen vom 15. September bis einschl. 5. Oktober in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends an folgenden Stellen zur öffentlichen Einsichtnahme aus:

für Schrodka (Altstadt rechts der Warthe) in der Schule in der ul. Bydgoska (fr. Bromberger Str.), für die Altstadt am linken Wartheufer, für die Wahlbezirke 22 bis 37 im neuen Rathaus, I. Stock, Zimmer 15, und für die Wahlbezirke 7—21 in der Schule in der ul. Wrocławska (fr. Breslauerstr.) 16, für Wilda im Schulgebäude Górna Wilda (fr. Kronprinzenstraße) 14/16, für St. Lazarus in der Schule in der ul. Berwińskiego (fr. Baarthstraße), für Jersitz in der Schule in der ul. Słowackiego (fr. Karlstr.).

Deutscher Wahlausschuß Posen,
Wały Leszczyńskiego 2. Fernruf 4174.

Die Not des Mittelstandes.

Wieder bricht eine Teuerungswelle über Deutschland sowohl wie über Polen herein und hat neue Tarifverhandlungen und Streiks, Ansturm auf die Warenvorräte und Geldknappheit, weitere Entwertung des Kapitals und namenloses Elend der Kleinrentner im Gefolge. Es ist kein Zufall, wenn sich dieser Tage die Nachrichten von Selbstmorden von Kleinrentnern häufen. Kein Stand ist von den wirtschaftlichen Umwälzungen der Nachkriegszeit so stark in Mitleidenschaft gezogen wie der der Kleinrentner. Daß die gewaltige Zerstörung wirtschaftlicher Werte durch Krieg, Friedensvertrag und Revolution die allgemeine Lebenshaltung auf Jahrzehnte hinaus herabdrücken mußte, war klar und ist ja jetzt auch schon den meisten Kreisen bis hinab zur Arbeiterschaft zum Bewußtsein gekommen. Aber ist es recht und billig, daß die Hauptlast dieser Entwicklung auf die schwachen Schultern des Mittelstandes, und da wieder insbesondere auf die Schultern derer gefallen ist, die weder zu den Festbesoldeten noch zu den Sachwertbesitzern gehören? Und der Staat schreitet trotzdem hier nicht ein und gebietet der Verelendung dieser Bevölkerungsschicht nicht Einhalt! Die Arbeiterschaft, die ja an politischer Macht ungemein gewonnen hat, hat es dank ihrer Organisation verstanden, ihren Standard of life im wesentlichen aufrecht zu erhalten, ja vielfach noch höher zu schrauben. Das Großkapital in Handel, Industrie und Landwirtschaft, das am ehesten eine Einschränkung der Einkommen vertragen könnte, entwickelt sich verhältnismäßig ungestört. Konkurse und Zwangsversteigerungen, so häufig in der Vorkriegszeit, sind jetzt noch immer eine Seltenheit. Auch die Sachwertbesitzer innerhalb des Mittelstandes, die kleineren Geschäftsleute und Handwerker, die Bauern haben nicht viel Anlaß zu Klagen. Und wenn die zeitgemäße Umgestaltung des Mieterschutzgesetzes nicht so hinausgezögert würde, könnten auch die Hausbesitzer mit ihrem Einkommen ebenso zufrieden sein, wie sie es angesichts der der Geldentwertung ziemlich korrespondierenden Steigerung der Häuserpreise hinsichtlich ihrer Kapitalsanlage sein können. Die Festbesoldeten und die Intelligenz schneiden zwar beim Vergleich mit der Arbeiterklasse recht schlecht ab. Immerhin, sie haben ihr Auskommen. An ein Heraufarbeiten, an das Zurücklegen eines Notgroschens fürs Alter können sie freilich nicht denken. Ihre früheren Ersparnisse, wie die des Mittelstandes überhaupt meist in Sparkassengeldern, Hypotheken, Staatspapieren angelegt, sind infolge der Geldentwertung beinahe auf Null zusammengeschrumpft, und zu neuen Ersparnissen langt das kärgliche Gehalt nicht, ganz abgesehen davon, daß das Sparen heutzutage ziemlich zwecklos erscheint. Wie gewonnen, so zerronnen, heißt es bezüglich ihres Einkommens. Sie selbst haben schon keine Hoffnung mehr, jemals „auf den grünen Zweig zu kommen". Sie beginnen sich zu fühlen als das, was sie wirklich sind, als geborene Proletarier, die in den Tag hinein leben und sich mit Zukunftsgedanken nicht plagen. Die Tatsachen der Beamtengewerkschaften, der Beamtenstreiks usw. sind in dieser Hinsicht bezeichnende Phänomene.

Aber nun die, die nicht mehr fähig sind, von ihrer Arbeit zu leben, die ihren Lebensmittag schon hinter sich haben und ausruhen möchten! Pensionen und Renten, die wenigstens entfernt annäherungsweise mit der Teuerung erhöht werden, beziehen sie nicht. Von dem, was sie sich in einem arbeitsreichen Leben sauer verdient und abgespart, gedachten sie ihren Lebensabend zu fristen. Und nun ist dies kleine Kapital direkt wertlos geworden. Wer sich 1914 mit 50 000 bis 100 000 Mark Vermögen zur Ruhe setzte, der konnte sich gegen alle Nöte gesichert glauben. Jetzt lebt er vom Kapital in Deutschland kein Jahr, in Polen kaum einen Monat. Der noch arbeitsfähige Mittelständler hat zwar ebenfalls den Verlust seiner Ersparnisse zu beklagen, ihm bleibt aber sein Einkommen. Der Hausbesitzer hat zwar kraft des Mieterschutzgesetzes kein nennenswertes Einkommen, er hat aber seine Kapitalsanlage, die er schließlich in Form hypothekarischer Belastung angreifen könnte. Der Kleinrentner aber hat weder Kapital noch Einkommen, er steht vor dem Nichts, er ist reif für die Wohltätigkeit. Die kommt und sucht ihm zu helfen, aber natürlich ganz unzureichend. Derjenige aber, der die moralische Pflicht hat, hier zu helfen, weil er durch die Herunterwirtschaftung seiner Währung das Elend verschuldete, der Staat, der kommt nicht. Oder er kommt wie in Deutschland zur Zeit des Systems Erzberger und fordert dem Kleinrentner noch ein großes Reichsnotopfer ab. Von derartigen steuerlichen Mißgriffen hat man sich in Polen ferngehalten, aber getan gegen die wachsende Not der Kleinrentner hat man auch hier nichts. Es ist die Geldentwertung zum Anlaß steuerlicher Maßnahmen genommen worden durch Einführung einer Bereicherungssteuer für abgezahlte Hypotheken und billig erworbenen Grundbesitz, aber die Erträge dieser Steuer hat man nicht denen zukommen lassen, die durch die Geldentwertung geschädigt worden sind, sondern hat davon laufende Staatsausgaben bestritten. Und doch hat der Staat nicht nur die moralische Pflicht, helfend einzugreifen, sondern sein eigenes Interesse gebietet es ihm, den Mittelstand vor der Zermalmung zu bewahren. Sinkt der Mittelstand zum Proletariat herab, dann muß der soziale Kampf zwischen Arbeit und Kapital Formen annehmen, die den Staat in seiner jetzigen sozialen Schichtung auf das ernsteste bedrohen.

Aber kann der Staat überhaupt noch helfen? Jedenfalls das Übel an der Wurzel zu fassen, die Geldentwertung und Teuerung einzudämmen und sein Geld wieder hochwertig zu machen, das vermag er nicht. Daß er hierin ohnmächtig ist, hat die Geschichte der letzten Jahre klar und deutlich ergeben. Mit Unterstützungen könnte er helfen. Das ist dann wieder eine neue dauernde Budgetbelastung, Anlaß zu weiterer Inflation und Geldentwertung. In Deutschland hat man diesen Weg schon lange versucht, zuerst unsicher, tastend. Jetzt macht man sich daran, ihn auszubauen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat zum Beispiel einen beachtenswerten Gesetzentwurf eingebracht, der sich etwa in folgenden Bahnen bewegt: Jeder Gemeinde liegt die Fürsorgepflicht für die in ihr wohnenden Kleinrentner ob. Fürsorgeberechtigt sind alle, die sich vor dem 1. Januar 1920 aus ihrer Arbeit für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen zurückgelegt hatten, das im Kalenderjahr 1920 mindestens 600 Mark, aber nicht mehr als 4000 Mark (bei Ehepaaren 6000 Mark) Einkommen gewährleistete, und zwar soweit sie über 65 Jahre alt sind, ohne weiteres, sonst nur bei Erwerbsunfähigkeit oder unverschuldeter Unmöglichkeit des Erwerbs. Das Mindestmaß der Unterstützung bilden die Sätze der in Deutschland bestehenden Erwerbslosenunterstützung. Die unterstützende Gemeinde hat einen Erstattungsanspruch gegen den Nachlaß des Kleinrentners und gegenüber unterhaltspflichtigen Angehörigen. In die finanziellen Lasten teilen sich Gemeinde, Reich und Länder.

Vielleicht gibt es aber noch einen anderen Weg, dem Kleinrentner ein gewisses Einkommen zu sichern, das bei weiterer Geldentwertung automatisch wächst und ihm zugleich für das entwertete Kapital einen gewissen Ersatz zu bieten. Die ganze Last der Geldentwertung fällt, wie wir sahen, auf den Mittelstand. Da liegt der Gedanke nahe, die anderen Schichten dazu heranzuziehen, dem Mittelstand wieder auf die Beine zu helfen. Machen läßt sich das nur auf dem Wege steuerlichen Zwanges. Der Versuch, das Gegenbild der Geldentwertung, die Preissteigerung der Sachwerte, steuerlich zu erfassen, ist, wie wir sahen, in Polen bereits gemacht worden, in dem Bereicherungssteuergesetz. Die Erfassung geschah aber durchaus unvollkommen, da sie nur an Einzelerscheinungen anknüpfte, die vorwiegend den ländlichen und städtischen Grundbesitz betrafen, an Handel und Industrie aber so gut wie ganz vorüberging. Zu fordern wäre deshalb eine neue Bereicherungssteuer, die allgemein an den Besitz von Sachwerten aus der Vorkriegszeit anknüpft und für späteren Erwerb von solchen Sachwerten entsprechend den Valuta- und Preisverhältnissen zur Zeit des Erwerbs degressiv gestaltet wird. Auch eine Erweiterung der Hypothekenbereicherungssteuer zu einer Steuer auf alle inländischen Vorkriegsschulden, mögen sie bereits getilgt sein oder nicht, käme in Frage. Bei genügend scharfer Heranziehung müßten auf diese Weise viele Milliarden aufkommen. Diese wären nun ausschließlich für Mittelstandszwecke zu reservieren. In erster Linie müßten davon die Kleinrentner bedacht werden, natürlich nicht in Form einer einmaligen Geldzuwendung. Damit wäre dem Kleinrentner nicht gedient. Vielmehr muß der so geschaffene Fonds in Sachwerten angelegt werden, aus deren Erträgen die Kleinrentner eine Dividende beziehen. Denkbar ist zum Beispiel folgendes: Es wird — ganz unabhängig vom Staatsbudget — eine Anstalt für Mittelstandshilfe gegründet, etwa in Form einer Aktiengesellschaft unter Staatsaufsicht. Der erwähnte Fonds bildet das Aktienkapital, das zum Erwerb und Betrieb gewinnreicher Sachwerte (zum Beispiel Bergwerke, Petroleumgruben, Fabriken, Notenbank) verwandt wird. Außerdem muß der Staat die Anstalt durch Zuweisung von staatlichen Bergwerken usw. dotieren. Das Kapital wird in Aktien zerlegt, das nach einem bestimmten Schlüssel auf die notleidenden Kleinrentner unentgeltlich verteilt wird. Es kommen nur Personen in Frage, die an einem bestimmten Stichtage, vielleicht am Tage des Inkrafttretens des Valutagesetzes im ehemals preußischen Teilgebiet, Eigentümer eines auf Rückzahlung in Mark lautenden Kapitals waren, aus dem sie ihren Lebensunterhalt so gut wie ausschließlich bestritten, ohne im Besitz erheblicher anderer Einkommensquellen zu sein, und die auch jetzt noch auf die Erträgnisse dieses Kapitals angewiesen sind, sofern dieses Kapital eine bestimmte Höchstgrenze nicht überschreitet. Bei der Aktienzuteilung muß nun der Goldwert des Kapitals am Stichtage und der Goldwert der Aktien zugrunde gelegt werden. Bis zu einem bestimmten Kapital, und zwar einem solchen, das am Stichtage den notdürftigen Unterhalt garantierte, müssen, sagen wir 30 v. H. oder 50 v. H. dieses Kapital-Goldwerts in Aktien ausgegeben werden, bei größeren Kapitalien ein immer geringerer Prozentsatz bis zur obenbezeichneten Höchstgrenze des Kapitals, wo dieser Prozentsatz auf Null sinkt. Die Aktien dürfen nur mit staatlicher Genehmigung übertragen werden und müßten — zunächst — unvererblich sein. Beim Tode des Rentners fallen sie der Anstalt zu. Die Dividende müßte in der Weise beschränkt sein, daß die Verwendung eines bestimmten Prozentsatzes des Reingewinns für Erweiterung der Anlagen gesichert wird. Auf Grund solcher Betriebserweiterungen wäre die Ausgabe neuer Aktien möglich, die nebst den beim Tode von Rentnern der Anstalt zufallenden zu einer Erweiterung des Kreises der Nutznießer und zu einer Erhöhung des dem Ein-Einzelnen zukommenden Aktienkapitals dienen könnte. Bei glänzender Entwicklung könnte dann an neue Aufgaben herangegangen werden: so zum Beispiel an eine Beteiligung sämtlicher Vorkriegskapitalien, die in Sparguthaben oder Schuldverschreibungen angelegt waren und in dieser Weise angelegt geblieben sind, auch wenn der Eigentümer aus ihren Erträgen seinen Lebensunterhalt nicht bestritten hat. Noch wichtiger aber wäre es, daß man dem erwerbenden Mittelstand eine Möglichkeit schaffte, im Versicherungswege seine und der Seinigen Zukunft sicherzustellen. Wir haben jetzt zum Beispiel eine Privatbeamtenversicherung mit ganz ungenügenden Beiträgen und ganz ungenügenden Leistungen. Jede Erhöhung der Beiträge ist zwecklos, so lange nicht dafür gesorgt wird, daß die angesammelten Kapitalien statt in Werten, die der Devalutierung unterliegen, in Sachwerten angelegt werden. Notwendig ist eine Bemessung der Beiträge sowohl wie der in Aussicht gestellten Leistungen nach dem Goldwert, und um diese Leistungen durchzuführen, bedarf es der Anlegung der angesammelten Kapitalien in Sachwerten. Zu dieser Anlage könnte man sich der Organisation der Kleinrentnerhilfe bedienen, könnte aber auch ein besonderes Unternehmen schaffen. Aber auch für den selbständigen Mittelstand müssen Wege gefunden werden, um ihm eine nicht entwertbare Rente fürs Alter oder eine nicht entwertbare Kapitalauszahlung an seine Erben auf Grund einer Lebensversicherung zu garantieren. Eine Versicherungsanstalt nach Art der in Preußen üblichen öffentlichen Provinzial-Lebensversicherungsanstalten, wie eine solche noch in Posen ein wenig fruchtbares Dasein führt, wäre für den ganzen Staat zu schaffen; sie müßte ihre Kapitalien nicht nach den Prinzipien der „Mündelsicherheit" — ein Rechtsbegriff, der sich heutzutage direkt zum Schaden der armen Waisen auswirkt und darum schleunigster Revision bedarf —, sondern nach dem Prinzip der Unentwertbarkeit anlegen. Einem solchen Beispiel, gegeben von einer öffentlichen Anstalt, werden dann die privaten Lebensversicherungsgesellschaften wohl oder übel folgen müssen. Voraussetzung für all diese Finanzoperationen ist eine stabile Rechnungseinheit, also die Einführung einer Gold- oder etwa auch der Roggenwährung, ganz gleich, ob diese Einführung im Wege staatlicher Gesetzgebung oder, von dieser geduldet, durch die Praxis selbst erfolgt. Der neuerdings Gestalt gewinnende Plan der Einführung der Zlotywährung liegt in dieser Richtung und muß im Interesse des Mittelstandes freudig begrüßt werden, sofern seine Kehrseite, der Verzicht auf Hebung der polnischen Papiermark, ihre Schärfen durch die oben beschriebene Kleinrentnerhilfe verliert. Gelingt es, die Renten- und Versicherungsverträge auf Zlotywährung zu stellen, dann wird der Mittelstand darauf verzichten können, in Flucht vor der Mark seine Ersparnisse in Sachen anzulegen, er wird sparen können, die Geldknappheit wird gemildert, und das kann wieder zum Steigen der polnischen Papiermark beitragen. Weiß der Mittelstand in Handel und Gewerbe seine Zukunft gesichert, dann wird er davon absehen können, die exorbitanten Gewinnprozente zu erheben, wie sie jetzt als Rücklage wegen des Risikos der weiteren Geldentwertung erhoben werden. Das muß sich in einer Preissenkung der Waren bemerkbar machen, die wiederum die Papiervaluta günstig zu beeinflussen geeignet ist.

So kann die Mittelstandshilfe sich in einer Weise auswirken, die sowohl vom allgemeinen Staatsinteresse aus wie vom Standpunkt des Mittelstandes als förderlich zu erachten ist. E. M.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 30. September.

Achtung, deutsche Wähler!

Die Wahllisten zum Sejm und zum Senat liegen seit Freitag, 15. September, nachdem die Frist verlängert worden ist, bis zum Donnerstag, 5. Oktober, von 12 Uhr mittags bis abends 6 Uhr an den bekanntgegebenen Stellen zur Einsichtnahme aus. Jeder deutsche Wahlberechtigte ist verpflichtet, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in den Listen enthalten ist.

Aufhebung der Wertzuwachssteuer.

Am 21. d. Mts. beschloß der Sejm die Aufhebung der Wertzuwachssteuer, die bisher auf dem Gebiet des früheren preußischen Teilgebiets, in der Wojewodschaft Schlesien, sowie in einigen Gemeinden und Kreis-Kommunalverbänden des übrigen Teils der Republik erhoben wurde. Die Aufhebung dieser Steuer ist eine Folge der bereits seit längerer Zeit zum Ausdruck gebrachten Meinungsäußerungen, die darin bestanden, daß diese Steuer, die seinerzeit eine der gerechtfertigsten war, im Laufe der Zeit, das heißt in Verbindung mit dem Sinken der Valuta und der infolgedessen eingetretenen Änderung der Vermögensverhältnisse, gegenwärtig nicht nur durchaus ungerechtfertigt, sondern sogar direkt schädlich sei, so daß ihr ganz billigerweise die „Steuer vom Sinken der Valuta" beigelegt wurde. Beibehalten wurde dagegen laut Sejmbeschluß die Erhebung einer Steuer von den Verträgen über die Übertragung des Immobilieneigentums, die von den Gemeinden und Kreis-Kommunalverbänden erhoben wurde. Es wurde in dieser Angelegenheit einzig und allein der bestehende Rechtszustand klarer formuliert und die Einschränkungen, die in einigen Teilgebieten bestanden, aufgehoben. Nach der neuen Gesetzesformel soll die maximale Höhe der Kommunalsteuer von der Übertragung des Eigentums 4 v. H. betragen, und zwar von der Summe, die die Grundlage zur Festsetzung der Stempelsteuer von der Übertragung des Eigentums bildet. Auf diese Weise wird, da die Staats-Stempelsteuer 6 v. H. beträgt, die gemeinsame Belastung der Übertragung des Immobilieneigentums zugunsten des Staates und der Gemeinden oder der Kreis-Kommunalverbände 10 v. H. betragen. Zu bemerken ist, daß das neue Gesetz über die Aufhebung der Wertzuwachssteuer sich nur auf solche Verträge bezieht, die nach der Veröffentlichung dieses Gesetzes abgeschlossen werden. Alle anderen Verträge dagegen, die vor der Veröffentlichung dieses Gesetzes abgeschlossen wurden, unterliegen im vollen Umfange der bisherigen Wertzuwachssteuer.

Zum Erntedankfeste.

Die Zeit der Ernte ist vorüber, und der Landmann, der in den letzten Wochen und Monaten schwer gearbeitet hat, kann Erntedankfest feiern. Nicht nur Erntefest voll Frohsinn und Lachen, sondern Erntedankfest voll ernster, tiefinnerlicher Dankbarkeit für allen Segen, der ihm trotz schwerer Zeiten, trotz mancherlei getäuschter Erwartungen wieder in reicher Fülle zuteil geworden ist. Der rechte Landmann, der seine fruchtspendende Scholle liebt und weiß, daß allein Gottes Allmacht die Ernte schenkt, vergißt auch das Danken nicht über dem Feiern und über der lauten Freude des Erntejubels. Ihm ist es auch ein Bedürfnis, nicht nur mit ein paar armen Worten, mit schönen Gefühlen zu danken, sondern er verwirklicht seinen Dank in der Tat. Unsere Zeit mit ihren vielen Nöten zeigt ihm da manchen Weg, durch die Tat zu danken. Es gibt so viel, die nicht einmal für das tägliche Brot danken können, geschweige denn, daß sie wissen, woher sie es im langen Winter bekommen sollen. Unter unseren Alten sind viele, die schon seit langem an Unterernährung leiden, die nicht mehr wissen, wie Butter, Milch und Fleisch und Obst schmecken. „Wohlzutun und mitzuteilen vergesset nicht, denn solche Opfer gefallen Gott wohl", die Mahnung gilt auch heute noch, und das Dankopfer ist auch heute noch der beste Dank.

Unsere Alten vertrauen darauf, daß ihre deutschen Brüder sie nicht hungern lassen werden, und erwarten von ihnen ihre Rettung. Wir wissen wohl, daß das bare Geld jetzt auf dem Lande recht knapp ist, und daß von vielen Seiten bedeutende Forderungen an die Landwirte gestellt werden, aber es wird wohl kaum einem schwer fallen, je nach dem Ausfall seiner Ernte für die Altershilfe einige Zentner Kartoffeln, Rüben und Kohl zu spenden, und es wäre schön, wenn ein paar Pfund Speck und ein paar Würste für die zurückgelegt würden, die sich all das nie kaufen können, und die es doch so nötig brauchen. Pfarrämter und Kreisbauernvereine werden sicher gern überall Sammelstellen für den „Erntedank für die deutsche Altershilfe" einrichten, und von dort aus wird dann die Verteilung der Gaben an die Alten im Ort geregelt und alles, was übrig bleibt, dem Wohlfahrtsamt in Posen zugesandt, das dann die Verteilung an die vielen Stifte und Heime und die große Menge der Alten und Erwerbsunfähigen in Posen übernimmt.

Wenn Ihr so für die Ernte dankt, dann wird Euch gedankt von den Alten, und Gott der Herr wird deren Dankesworte und Dankesempfindungen in reichen Segen für die nächste Ernte verwandeln.

Verband der Güterbeamten für Polen.

Das „Landwirtschaftliche Zentralwochenblatt in Polen" berichtet:

Am 10. d. Mts. tagte im großen Sitzungssaale der Landwirtschaftskammer zu Posen die Herbst-Hauptversammlung des Verbandes der Güterbeamten für Polen, die zahlreich besucht war, und von dem Vorsitzenden Herrn Wiesner eröffnet wurde. Nach geschäftlichen Mitteilungen folgte eine Aussprache über Roggenwährung und wurde im Anschluß einstimmig beschlossen, an den Hauptverein der deutschen Bauernvereine — Abteilung Güterbeamtenausschuß — den Antrag zu stellen, die Richtlinien für die Besoldung der Güterbeamten auf Grund von Roggenpreisen aufzustellen.

Im Anschluß hieran hielt Herr Dr. Wagner einen längeren Vortrag über Fragen des Acker- und Pflanzenbaues. Anknüpfend an den Ausfall der Ernte in Polen sprach er über Verwertung der Kartoffeln, Beschaffung von Düngemitteln aus Polen und dem Ausland, insbesondere von Kalisalzen. Hierbei wurde die unbedingte Notwendigkeit betont, Kalisalze in großen Posten aus Deutschland zu importieren. Sodann wurde über das Beizen der Saaten verhandelt und über den Anbau der wichtigsten Herbstgetreide-Saaten, über Stalldünger und Jauche. An die Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Zum Schluß wurde noch berichtet über Schäden, die durch das Impfen mit Serum unter einem Pferdebestand Kujawiens entstanden waren. Es sollen dort eine große Anzahl von Pferden gefallen sein.

Landesmissionsfest in Dirschau.

Das Landesmissionsfest in Dirschau wurde bei schönstem Herbstwetter durch Festgottesdienste in den Kirchengemeinden der Diözese Stargard-Dirschau eröffnet. In Dirschau hielt der frühere Chinamissionar P. Lutschewitz die Predigt und gab darin der frohen Zuversicht Ausdruck, daß die deutsche Missionsarbeit, die jetzt durch die Niederlage des deutschen Volkes vielfach gelähmt ist, dennoch nicht vergeblich gewesen ist. Am Abend führte P. Lutschewitz im großen Saale der Stadthalle eigene Lichtbilderaufnahmen aus seiner [illegible] in China vor. In den anderen Gemeinden der Diözese [illegible] auswärtige Pastoren aus allen Gegenden unseres Teilgebietes. Am Montag, dem ersten Festtag, erzählte der frühere Chinamissionar P. Giesel den Schülern von dem Leben der chinesischen Kinder. Nachmittags tagte eine Versammlung des Pfarrervereins, in der P. Lutschewitz einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Lage der Weltmission gab. Im Festgottesdienst abends um 6 Uhr hielt Superintendent Diestelkamp-Inowrocław die Festpredigt und pries darin die Güte Gottes, die uns in schwerer Zeit noch immer den Schatz seiner Verheißungen gelassen hat und den Schlüssel dazu, das Gebet. Der Kirchenchor unter Leitung des Organisten Simon sang die schöne Mendelssohnsche Vertonung des herrlichen Missionswortes: „Wie lieblich sind die Boten, die den Frieden verkünden" und machte damit auf die Zuhörer einen so tiefen Eindruck, daß der Chor am Abend noch einmal wiederholt werden mußte. Der Besuch des Gottesdienstes hätte besser sein können. Um so zahlreicher erschien die Gemeinde zu dem Familienabend, in dem Pfarrer Mahler-Czempin seine reiche Sammlung von Chinasachen, Kleidungsstücken, Götzen und dergl. zeigte und in frischer, humorvoller Weise erklärte. Superintendent Engelbrecht sprach ein Begrüßungswort und Pfarrer Schmidt-Neu-Palenken das Schlußwort. Das Dargebotene wurde umrahmt von guten Deklamationen und erhebenden Chorgesängen, von denen die letzteren besonders hervorgehoben zu werden verdienen.

Am zweiten Festtag fanden vormittags zwei Parallelversammlungen in der Stadthalle statt, die eine für Männer, die andere für Frauen. In der Männerversammlung sprach Pastor Bertheau-Wollstein über das Thema: „Die Christengemeinde, eine Aufgabe der Männer." Die Männer sollen in unseren Gemeinden nicht bloß angepredigt, sondern zu tätiger Mitarbeit herangezogen werden. In der Frauenversammlung berichtete Missionar Pastor Giesel über das kulturelle und religiöse Leben in China, insbesondere über das traurige Los der dortigen Frauen, und betonte, daß Frauenkräfte für die Missionsarbeit in China dringend erforderlich sind. Eine lebhafte Aussprache schloß sich an beide Vorträge an. Leider war die Männerversammlung sehr schwach besucht. Am Nachmittag tagte die Hauptversammlung in der Kirche. Wieder grüßte wundervoller Chorgesang die Erschienenen. Superintendent Engelbrecht wies in der einleitenden biblischen Ansprache auf all das Gute hin, das wir durch unser Aufwachsen in christlicher Umgebung vor den Heiden voraus haben, und übermittelte die Grüße des Konsistoriums. Superintendent Diestelkamp erstattete den Jahresbericht. Den Hauptvortrag hielt Missionar Lutschewitz. Er gab darin ein ausführliches Bild von der Entwicklung der Missionsarbeit in China und zeigte zum Schluß den Unterschied zwischen amerikanischer und deutscher Missionsarbeit. An den Vortrag schloß sich die Überreichung der Festgaben. Jungfrauen und Kinder brachten ihre Sammlungen und überreichten sie mit sinnigen Versen dem Vorsitzenden. Die verschiedenen Sammlungen innerhalb der Gemeinde Dirschau ergaben im ganzen 102 605 Mk. Die übrigen Gemeinden der Diözese Stargard-Dirschau schenkten insgesamt 240 286 Mk., die Diözese Wollstein 160 000 Mk., die Diözese Soldau 10 000 Mk., die Gemeinde Barcin 5000 Mk. Die Festkollekten betragen 41 846,50 M. Gesamtsumme rund 560 000 Mark. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurden Pfarrer Bandlin-Rehden und Pfarrer Bertheau-Wollstein in den Vorstand des Missionsverbandes gewählt. Mit einem kräftigen, gewissenweckenden Schlußwort durch Pastor Reimann-Laski schloß die Versammlung und damit das ganze Fest. Befriedigt und mit herzlichem Dank für die Gastlichkeit der Gemeinde schieden die Festgäste von Dirschau. Für das nächste Verbandsfest im Jahre 1923 ist Birnbaum in Aussicht genommen.

Zur Eröffnung der Gartenausstellung in Posen.

Auf der Ausstellung herrscht heut seit dem frühen Morgen lebhafter Verkehr. In den beiden Pavillons bringt noch eine Menge von Ausstellern eilig ihre Ausstellungsgegenstände unter, um für die Eröffnung der Ausstellung vorbereitet zu sein. Unter den zahlreichen Ausstellern können bereits einige hervorgehoben werden. Unter den Blumenfirmen stellt die größte Anstalt dieser Art in Posen von Marciniec sen. schöne Alpenveilchen und Chrysanthemen aus. Von den Gemüsehandlungen sind beteiligt: Naramowice, Großpolnische Landwirtschaftskammer, die Gruppe der Landwirtsfrauen, dann die Sammelausstellung der Gärtner aus Kosten. Die Dekorations-Blumenabteilung ist u. a. durch folgende Firmen vertreten: Bruch und Skrzypczak. Die Firma Nowakowski führt stilgemäße Inneneinrichtungen von Wohnungen mit gleichzeitigem Blumenschmuck, der dem Charakter der einzelnen Möbel angepaßt ist, vor. Ferner stellen aus: „Spójnia", eine der größten Samenfirmen in Polen, dann die Gärtnerschule in Koschmin, die eigene Produkte vorführt. Von den Kleingärtnerkolonien sind vertreten: die Marczinkowski- und Bartnicagärten. Der Maler Sonnewend hat seine Arbeiten in einem Zimmer, das von der Firma Sroczyński eingerichtet worden ist, ausgestellt. Ferner fehlt es nicht an Vertretern der technischen Abteilung des Gärtnereiwesens, die durch zahlreiche keramische Firmen, wie Perkiewicz, Szubek, Grabowski, sowie C. Ulrich aus Warschau vertreten sind.

Verbesserung der Eisenbahnverbindung Bromberg—Inowrocław—Posen. In Beantwortung eines durch die Bromberger Industrie- und Handelskammer an die Eisenbahndirektion gerichteten Antrages ist jetzt die Mitteilung eingegangen, daß der betreffende Antrag auf Verbesserung des Verkehrs auf der Eisenbahnlinie Inowrocław—Bromberg dem Eisenbahnministerium zur Genehmigung vorgelegt wurde. Falls die Eisenbahndirektion die Genehmigung erhält, würde sie die beantragte Verbesserung einführen, und zwar wahrscheinlich mit dem 15. Oktober.

Die Zolldirektion bittet uns bekanntzugeben, daß auf Grund einer Ermächtigung des Finanzministeriums die Ausfuhr von Kartoffeln nach Polnisch-Oberschlesien von nun an von Sondergenehmigungen und Verpflichtungen frei ist.

Eisenbahnfahrtermäßigung für Bahnbeamtenfamilien. Das Verkehrsministerium hat verfügt, daß die Eltern der Eisenbahnbeamten auch Fahrpreisermäßigung erhalten. Dieses Recht steht jedoch nicht den Eltern der Beamtenfrauen zu.

Vortrag Professor C. Borchling-Hamburg. Am kommenden Donnerstag, dem 5. Oktober, wird als erster auswärtiger Vortragender im Rahmen der volkstümlich-wissenschaftlichen Vortragsveranstaltungen dieses Jahres der in Posen bereits bekannte Professor Dr. C. Borchling-Hamburg einen Vortrag halten. Der Vortragende ist früher Dozent an der Kaiser-Wilhelm-Akademie gewesen und dürfte noch manchem Deutschen in dankbarer Erinnerung sein. Herr Professor Borchling wird über die niederdeutsche Bewegung und die niederdeutsche Dichtung sprechen. Der Vortrag wird im Saal des Vereins junger Kaufleute stattfinden. Eintrittskarten zu 250 M. sind im Vorverkauf in der Deutschen Bücherei, ul. Zwierzyniecka 1, während der Ausleihzeit zu haben. Schülerkarten zu 75 M. sind an der Abendkasse zu haben.

Der Mieterschutzverband hält morgen, Sonntag, von 10 Uhr vormittags ab im Saale von Bone, ul. Lazarska 1 (fr. Lazarus-Straße) wieder eine Tagung ab. Die Beratungen sollen der immer brennender werdenden Wohnungsfrage gewidmet sein.

Großes Theater. Heute, am Sonnabend, dem 30. September, wird die komische Oper „Straszny Dwór" („Das Spuckschloß") zu halben Preisen gegeben. Als Gast tritt Michał Prawdzic auf. Am Sonntag, dem 1. Oktober, um 3[15] nachmittags „Traviata" zu halben Preisen, abends 7½ Uhr „Aida". In der Abendaufführung tritt zum ersten Male auf der Posener Bühne die Sängerin Alina Woycicka auf. Die übrigen Partien singen: Szafrańska, Ostoja, Popiel, Urbanowicz, Woliński und Zawrocki. Am Dirigentenpult Dir. Stermich.

Sein 50jähriges Berufsjubiläum kann morgen, Sonntag, der Bureauvorsteher und Buchhalter B. Sikorski der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. begehen. Von diesen fünfzig Jahren ist der Jubilar volle 41 Jahre in unserem Unternehmen tätig, zunächst unter Louis Merzbach. Die Firma lautete damals Merzbachsche Buchdruckerei, Kommanditgesellschaft. Nach Auflösung der Kommanditgesellschaft hieß das Unternehmen Merzbachsche Buchdruckerei. Aus dem Leben des Jubilars seien nur zwei Momente hervorgehoben: er war in den 50 Jahren nie bettlägerig krank und hat in der ganzen Zeit nur ein einziges Mal 6 Wochen Urlaub genommen. Und dabei wurde früher anders gearbeitet als heute: 12—16 Stunden waren die normale Arbeitszeit, Sonn- und Feiertage nicht ausgenommen, wenn es nötig war. Der Jubilar hat es verstanden, sich in dieser Zeit nicht nur die Achtung seiner Vorgesetzten, sondern auch die Verehrung seiner Kollegen und Mitarbeiter zu erwerben. Überall war er mit Rat und Tat bereit. Gerechtigkeitsliebe, für die er gern unparteiisch eintrat, ist eine seiner schönsten Eigenschaften. Möge dem Jubilar noch ein recht langer und glücklicher Lebensabend beschert sein!

X **Ein aufregender Vorgang** spielte sich gestern nachmittag gegen 6 Uhr in der Gegend des plac Św. Krzyski (fr. Petriplatz) ab. Ein Straßenbahnwagen fuhr die ul. Podgórna (fr. Hindenburg-Straße) hinab; da infolge des Regens die Straßenbahngleise glatt geworden waren und selbst unausgesetztes Sandstreuen durch den Straßenbahnschaffner sich als unwirksam herausstellte, sauste der Wagen die Straße hinab über die Haltestelle am Petriplatz hinaus in die Schützenstraße hinein, in der er endlich zum Stehen kam. Der Insassen der Straßenbahn bemächtigte sich bei der jähen Fahrt eine große Panik, verschiedene versuchten in voller Fahrt abzuspringen. Hierbei wurde ein Herr Edmund Breuer von hier am Kopf und an einer Hand, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. Er wurde in das Stadtkrankenhaus geschafft.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern drei Dirnen und zwei Betrunkene.

Besitzwechsel.

* **Stargard,** 27. September. Das Gut Nowawies im Kreise Stargard ist in polnische Hände übergegangen. Das Gut hat 3000 Morgen. Der neue Inhaber heißt Roztworowski.

S. **Grützendorf,** 28. September. Eine sehr gut besuchte Versammlung des Bauernvereins Grützendorf fand am Sonntag hier statt. Wegen des sehr lehrreichen und anregenden Vortrages des Zuchtdirektors Dr. Stender über Tagesfragen auf dem Gebiet der bäuerlichen Tierzucht war der gute Besuch besonders erfreulich. Nach kurzer Besprechung der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse, wo es sich empfiehlt, Vieh zu ziehen und zu züchten, und wo es geboten ist, das Jungvieh zu kaufen, erklärte er eingehend, wieviel vorteilhafter es sei, wenn man bei der Zucht mehr Wert auf Güte als auf Menge des Viehs legt. Gutes Vieh sei stets zu höchsten Preisen abzusetzen, während geringes mitunter überhaupt nicht loszuwerden sei. Ausgezeichnetes Vieh könne nur bei Benutzung von wirklich guten Bullen gezogen werden, und das sei im bäuerlichen Betriebe nur bei Gemeindebullenhaltung möglich. Bei Anschaffung eines solchen gibt die Landwirtschaftskammer eine Beihilfe in Höhe des halben Anschaffungspreises. Es folgten Ausführungen über die Anspruchsbedingungen der Kälber und ihre Fütterung, besonders in der frühesten Jugend, wobei gute Luft und Bewegung eine große Rolle spielen. Die Futtermittel, die in diesem und im vergangenen Jahre unter ganz ungewöhnlichen Bedingungen gewachsen sind, zeigen Mangel an manchen Nährstoffen und an Schmackhaftigkeit. Dr. Stender gab Winke, wie hier abzuhelfen sei. Der Vortrag schloß mit einer Betrachtung der Zukunftsaussichten für unsere hiesige Landwirtschaft, die zurzeit nicht günstig seien.

nn. **Janowitz,** 29. September. Der gestern hier abgehaltene Jahrmarkt war außerordentlich stark, und zwar aus den östlichen Teilen der Republik besonders beschickt. Namentlich stark waren Stoffe und Schuhwaren vertreten, während die früher stark angebotenen Zuckerwaren zurücktraten. Obschon die Umsätze nicht zu bedeutend waren, empfinden die Geschäftsleute, die am Orte ansässig sind, die Konkurrenz doch recht unangenehm. Die Gasthöfe wurden wieder stark in Anspruch genommen. — Am Sonntag war der Saal des Deutschen Kaufhauses wiederum dicht gefüllt von besonders jüngeren Menschenkindern, die der Einladung des Männergesangvereins zu einem Vergnügen gefolgt waren. Die Darbietungen und ein flottes Tänzchen hielten die Anwesenden ziemlich lange gemütlich beisammen.

* **Lissa,** 29. September. Zum Erntedankfest pflegen in vielen Gemeinden, besonders auf dem Lande, die Bauern das Gotteshaus mit dem Segen der Felder zu schmücken. In den Stadtgemeinden kennt man diese schöne Sitte nicht. Aber auch bei uns in Lissa, so schreibt das „Liss. Tagebl.", ist sie während der Kriegsjahre in der Kreuzkirche ein paarmal zutage getreten. Da waren von den dankbaren Einwohnern zum Erntedankfest allerhand Gaben aus Stadt und Land in Gotteshaus gebracht und der Altar lieblich geschmückt worden. Nachher wurde im feierlichen Zuge alles den lazarettkranken Kriegern zugetragen und ihnen somit eine Freude und eine Erquickung bereitet. Jetzt ist dieser Gedanke wieder angeregt worden. Angesichts der großen Not, der mancherlei Kranken in den Gemeinden, der Schwachen und Alten, denen kein Erntetisch gedeckt wird, ergeht die Bitte an alle diejenigen, die ihre Kirche lieb haben und die helfen können: Reicht uns für den nächsten Sonntag, das Erntefest, Gaben dar, damit wir den Altar und das Gotteshaus zieren.

S. **Obornik,** 28. September. Die Kartoffelernte ist jetzt voll im Gange. In den bäuerlichen Wirtschaften ist sie noch ziemlich weit zurück, da diese Landwirte bisher mit der Herbstbestellung beschäftigt waren, und das ungünstige Wetter die Arbeiten sehr verzögerte. Nach Nachrichten aus allen Teilen des Kreises und auch aus Nachbarkreisen ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß die diesjährige Kartoffelernte sämtliche seit 1914 gemachten erheblich übertrifft. Ebenso wird die Ernte in Zuckerrüben und Futterrüben durchaus befriedigend sein. — Die ersten Herbstsaaten sind schon sehr schön aufgegangen. — Stoppelseradella und junger Klee haben sich bei dem feuchten Wetter vorzüglich entwickelt. — Der zweite Heuschnitt, der teilweise einen recht schönen Ertrag gab, hat durch den vielen Regen meist stark gelitten, hat das Heu doch teilweise wochenlang gelegen, ohne daß es möglich war, es trocken zu bekommen.

S. **Rogasen,** 28. September. Einen Wohltätigkeitsbasar veranstaltete der Hilfsverein deutscher Frauen zum Besten der Armen unserer Stadt. Der große Saal des Zentralhotels war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Verkaufsstände, dank der Gebefreudigkeit in der Gegend, mit Kuchen, belegten Broten, Salaten, Obst, Zigarren usw. reich versehen, boten in appetitlicher Aufmachung und reizender Ausschmückung einen einladenden Anblick. Es entwickelte sich an diesen auch bald ein sehr lebhafter Verkehr. Weitere Genüsse boten die Darstellungen auf der Bühne, an denen den Hauptanteil die Kinder hatten, mit Reigen, lebenden Bildern und einem kleinen Theaterstück: „Der heimliche Wunsch". Zum Schluß wurde von Erwachsenen das Liederspiel „Singvögelchen" aufgeführt. Alles rief großen Beifall hervor. Dann begann der Tanz, in den Pausen wurden „amerikanisch" zahlreiche Gegenstände versteigert und dabei ansehnliche Preise erzielt. Befriedigt wird jeder von dem Fest heimgekehrt sein, die Besucher in dem Gefühl, einen frohen und gemütlichen Abend verlebt zu haben, die Veranstalter mit der Freude, eine schöne Summe eingenommen zu haben, die es ihnen ermöglichen wird, mancher Not steuern zu helfen.

Gedenket an die Deutsche Altershilfe!

* Vandsburg, 25. September. Das Kuratorium des hiesigen Johanniter-Krankenhauses verlor durch den Tod des Kammerherrn v. Müllern auf Soßnow seinen Vorsitzenden. An Stelle des Verstorbenen wurde Landrat a. D. Graf Limburg-Stirum auf Eberspark bei Lobsens zum Vorsitzenden gewählt. Seine Einführung fand bereits statt. — Von den zwei hier vorhandenen Kalksteinfabriken ist eine bereits vor einiger Zeit eingegangen. Die Baulichkeiten wurden abgebrochen, und die Maschine wurde nach auswärts verkauft. Die andere Kalksteinfabrik ist in andere Hand übergegangen und wieder in Betrieb gesetzt. Es ist in den Nebenräumlichkeiten noch eine Gerberei eingerichtet worden. Es wird in der Hauptsache schwarzes Leder hergestellt, das durch eine besondere Vorrichtung geglättet wird. — An Stelle des Kaufmanns Hackbart, der nach Deutschland auswandert, wurde Hotelbesitzer Nowack zum Schatzmeister des Raiffeisen-Vereins gewählt. Er hat bereits vor einiger Zeit die Amtsgeschäfte übernommen.

Aus Ostdeutschland.

* **Flatow**, 28. September. In der Nacht zum 24. September fiel eine ältere Dame in einem unbewachten Augenblick aus dem D-Zug zwischen Krojanke und Flatow; sie wurde tot aufgefunden. Wie die Untersuchung ergab, hat die Reisende, die auf dem linken Auge erblindet und auf dem rechten Auge sehr kurzsichtig war, die Aborttür mit der nach außen gehenden Abteiltür wahrscheinlich verwechselt und ist so aus dem Zuge gestürzt.

* **Marienburg**, 28. September. Zur Angelegenheit des Redakteurs Dr. Reis hat der Untersuchungsrichter in Elbing der „Elb. Ztg.“ folgende Auskunft gegeben: „In auswärtigen Blättern wird behauptet, der Redakteur Reis sei auf seinen Antrag in Haft genommen. Wohl hat der Redakteur Reis, als seine Verhaftung bereits angeordnet war, einen derartigen Brief an den Untersuchungsrichter gerichtet, der auf dessen — überdies bereits beschlossene — Maßnahme selbstverständlich ohne Einfluß gewesen ist. Es sollte bekannt sein, daß niemand „auf seinen Antrag“ in Haft genommen werden kann, sondern nur wegen dringenden Tat- und wegen Fluchtverdachts. Informationen, die von Reis ausgehen, werden mit Vorsicht zu beurteilen sein. Nach unseren Erkundigungen soll übrigens Herr Reis weder Dr. rerum politicarum noch Reserveoffizier sein.“

Aus dem Gerichtssaale.

* **Inowroclaw**, 28. September. Vor der hiesigen Strafkammer fand der Prozeß gegen einen der Einbrecher statt, die im März d. Js. in die hiesige Filiale der Bank Ludowy einen Einbruch verübten und dabei von der Polizei ertappt wurden. An dem Einbruch waren wie seinerzeit mitgeteilt, drei Personen beteiligt, und zwar Steiner alias Mencel, Moryc Platkiewicz und der Deserteur Jakubowski. Platkiewicz wurde vor einiger Zeit auf Verlangen der Posener Kriminalpolizei aus dem hiesigen Gefängnis nach dem Posener übergeführt, da er auch in Posen einen Einbruch verübt hatte. Während der Untersuchung ist er geflüchtet und konnte bisher nicht festgenommen werden. Der Deserteur Jakubowski war am Sonnabend nur als Zeuge in dem Prozeß zugegen. Seine Aburteilung wegen Desertion und Einbruch wird durch das Lemberger Militärgericht erfolgen. Die hiesige Strafkammer hatte es also nur mit dem Einbrecher Steiner alias Mencel zu tun, den sie nach etwa dreistündiger Verhandlung zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und 5 Jahren Polizeiaufsicht verurteilte.

Sport und Jagd.

Pferderennen in Lawica.

Am Sonntag, dem 1. Oktober, beginnt im Pferderennsport die Herbstsaison. Wieder wird auf dem Rennplatz in Lawica rivalisiert und — gewettet werden. Werden die Nennungen zahlreich sein, dann wird der Totalisator das erstrebte Ziel vieler Wettlustigen bilden. Falls aber neue Pferde zum ersten Mal in die Arena geführt werden, dann wird sich so mancher abwartend verhalten bis zum nächsten Male. Manch harte Nuß wird es vielleicht zu knacken geben, da doch das Programm eine ganze Reihe von neuen Namen aufweist, vorausgesetzt, daß die neuen Pferde zum größten Teile laufen. Die große Zahl der Ehrenpreise (von 6 Rennen ist nur für das Jokey-Rennen kein Ehrenpreis gestiftet) wird zweifellos zu reger Teilnahme an dem Rennen ermuntern, so daß dann sowohl das wettende als auch das sich passiv verhaltende Publikum über den Verlauf der einzelnen Rennen zufrieden sein wird.

Beim Start werden wir nach einer fast einjährigen Unterbrechung den Sieger des vorjährigen Rennens um den Preis Großpolens, Montesquieu (Graf Bniński) stehen. Der Wallach wird diesmal auch um den gleichen Preis kämpfen. Das Großpolmische Rennen findet am Sonntag, dem 8. Oktober statt.

Der Beginn der Rennen ist für alle Renntage auf ½2 Uhr festgesetzt worden. Um 1 Uhr geht vom Offizierspavillon ein Sonderzug ab. Um die gleiche Zeit beginnt hinter der Endstation der Straßenbahnlinie 2 die Kleinbahn zu kursieren.

V Polen—Südslawien. An dem am Sonntag, dem 1. Oktober, in Agram stattfindenden Fußballwettkampf zwischen den oben genannten Ländern nimmt unter andern Repräsentativspielern Spojda von der Posener „Warta“ teil.

Neues vom Tage.

§ **Die Hochzeit im Hause Doorn** wird am 5. November stattfinden. Den Gottesdienst versieht ein Prediger der Brüdergemeinde, der im Laufe der Jahre mit dem Kaiser sehr befreundet geworden ist. Von der Familie werden der Kronprinz und als Vertreter der in Deutschland lebenden Kinder des Kaisers wahrscheinlich Prinz Eitel Friedrich an der Vermählungsfeier teilnehmen. Die Braut, Prinzessin Hermine, bringt nach Haus Doorn ihre drei jüngsten Kinder mit, die zwölfjährige Prinzessin Hermine Caroline, den neunjährigen Prinzen Ferdinand und die dreijährige Prinzessin Henriette von Schönaich-Carolath. Die beiden ältesten Söhne, der fünfzehnjährige Prinz Hans Georg, der Majoratsherr von Mellendorf ist, sowie der dreizehnjährige Prinz Georg Wilhelm, der Majoratsbesitzer von Amtitz ist, bleiben in Deutschland und werden dort ihre Ausbildung genießen.

D'Annunzio geht ins Kloster. Katholische Blätter melden den Eintritt Gabriel d'Annunzios in den Franziskanerorden. Der Dichter besuchte die Abtei von Maguzano, wo er in tiefer Zerknirschung erklärte, daß gewisse seiner Werke unmoralisch und gottlos seien und daß er zur Sühne Tertiarier des Franziskanerordens werden wolle. Dem Abte gab d'Annunzio seine Photographie mit der Widmung: „Meinem lieben Bruder in Christo.“

Briefkasten der Schriftleitung.

E. M. 1340. Unseres Erachtens steht, da Sie hier wohnberechtigt sind, Ihrer Verheiratung mit Ihrer in Deutschland wohnenden Braut nichts im Wege, umsoweniger als im umgekehrten Falle die deutschen Behörden unseres Wissens auch keinerlei Schwierigkeiten machen.

A. Sp. in G. 1. Die deutsche Grenzstation ist Schneidemühl, die polnische Kreuz. 2. Uns ist die Versicherungsgebühr nicht bekannt. 3. Ohne weitere Genehmigung 9000 Mk. deutsch.

G. 100. Die von Ihnen angegebene Erbschaftssteuer ist richtig.

Verantwortlich: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. V. Dr. Martin Meister; für Wissenschaft, Kunst und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Richtigstellung.

Die Bestellung kann nur für den Monat Oktober allein, wie fortan überhaupt nur monatlich erfolgen; das Abonnement für das ganze Vierteljahr ist bis auf weiteres unzulässig.

„Posener Tageblatt“.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Innere Anleihe und Budget.

Über das neue Anleiheprojekt und das polnische Budget bringt der „Kurjer Codzienny" einen bemerkenswerten Artikel, den wir nachstehend im Auszuge wiedergeben.

Die neue Anleihe wird zur Hälfte auf polnische Mark, zur anderen Hälfte auf polnische Złoty, bzw. Schweizer Frank lauten. Die Anleihe wird durch ausländische Devisen gedeckt sein, und der ganze Goldschatz des Staates soll die Sicherheit der Anleihe geben. Als Parität wurden 1 : 1000 angenommen. Die Anleihe bildet den ersten Schritt zur Gesundung unserer Valuta, da sie uns ein Geldmittel, das nicht jeder Schwankung auf der Börse unterliegt, in die Hand gibt. Aber man darf sich nicht damit zufrieden geben. Diesem ersten Versuche müßten weitere folgen, wenn man die Gesundung unseres Wirtschaftslebens herbeiführen will. Es ist bekannt, daß der Hauptgrund, daß unser Wirtschaftsleben fortwährend mit einem Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen und mit riesigen Defiziten zu kämpfen hat, der Umstand ist, daß die polnische Mark nicht nur variabel, sondern daß ihr Wert nicht festgestellt ist. Deshalb wird jedes Budgetieren unmöglich, da die eingesetzten Ziffern nach einem Monat schon nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Der Zustand ließe sich in kurzen Worten dahin charakterisieren, daß unsere Ausgaben in Gold gezahlt werden, während die Einnahmen in Papiermark einlaufen. Ein Budget zum Beispiel mit 200 Milliarden Ausgaben, das im Dezember des einen Jahres für das nächste Jahr präliminiert worden ist, überschreitet schon in der Hälfte des präliminierten Jahres 400 Milliarden, das Defizit wächst natürlich in demselben Verhältnis, und jede Berechnung entbehrt der realen Grundlage. Während somit die Ausgaben sich der Steigerung des Goldwertes anpassen, geschieht dies nicht bei den Einnahmen, denn die erreichen höchstens den präliminierten Betrag. Dieser Zustand ist ein nationalökonomisches Paradoxon. Wie weit uns dieses Paradoxon gebracht hat, wissen wir alle, und heute nähern wir uns den Wiener Verhältnissen, von denen nur ein kleiner Schritt zu den Verhältnissen in Sowjetrußland führt. Auf diesem Wege können wir nicht weiterschreiten, und wir müssen wenigstens im Staatsbudget aufhören, mit phantastischen Zahlen in polnischer Mark zu operieren. Deshalb sollte schon das Präliminar des Budgets für das nächste Jahr auf einer Berechnung der Einnahmen und Ausgaben in Gold bzw. in einer Valuta, die dem Goldwerte am nächsten steht, wie Schweizer Franks oder Dollar, aufgestellt werden. Dementsprechend müssen alle Einnahmequellen des polnischen Staates, wie Steuern, Gebühren, Abgaben und dergl. erfaßt werden. Es ist bekannt, daß die Grundsteuer und überhaupt die Abgaben der Landwirte mindestens um das Hundertfache niedriger sind als vor dem Kriege. Dasselbe gilt von den Gewerbe- und Handeltreibenden. Ein Fabrikant bezahlt Steuern von dem vorjährigen Umsatz, der Hunderte von Millionen beträgt, in diesem Jahre beträgt er Milliarden. Und das nicht deshalb, weil das Unternehmen sich vergrößerte, sondern aus dem Grunde, weil die polnische Mark an Wert verloren hat. Die Unsinnigkeiten in finanzwirtschaftlicher Hinsicht müssen bei Anlegung des Budgets für 1923 vermieden werden.

Der neue Finanzminister Jastrzębski hat bei Besprechung der neuen Anleihe erwähnt, daß er beabsichtige, die Steuer auf das Zwanzigfache zu erhöhen. Mit Nachdruck müssen wir betonen, daß dies ein irrtümlicher Weg ist. Jede Vervielfachung des Steuerfußes und auch die größte, wenn sie auf die zufällige Relation der polnischen Mark zum Goldwerte basiert ist, wird uns nicht zum Ziele führen. Die Steuerprojekte und alle Budgetprojekte müssen sich auf Berechnung in Gold gründen. Nur auf diese Weise wird der Staat sehen, wie er steht. Ebenso werden dies alle Bürger erkennen, und das Vertrauen zur Staatswirtschaft wird wachsen. Dann wird auch die projektierte innere Goldanleihe von größerem Erfolg sein, denn die Allgemeinheit wird sehen können, wozu sie zahlt. Die Bürger des polnischen Staates sind durch die Vorgänge der vier Jahre schon so weit gereift, daß sie sich vor Abgaben für den Staat nicht fürchten und gegen berechtigte Abgaben keinen Widerstand leisten. Aber eine gesunde, starke und vernünftige Regierung muß auch den Mut aufbringen, ebenso wie sie die Ausgaben in Gold macht, die Einnahmen auf Goldbasis zu berechnen. Wir geben uns dafür Rechenschaft, daß, wenn in dem nahenden kritischen Momente wir nicht alle mit vereinten gewaltigen Anstrengungen den Staat aus dem wirtschaftlichen Chaos ziehen, dieser und mit ihm wir alle in den Abgrund des Bankrotts stürzen werden.

Handelsnachrichten aus Polen.

Ausbau der Hauptknotenpunkte des Dombrowaer Kohlenbeckens.

Ständige Verkehrsschwierigkeiten sind bekanntlich schon seit der Wiedererrichtung des polnischen Staates eine der Hauptursachen für die mangelhafte Entwicklung der kongreßpolnischen Schwerindustrie gewesen. Um so begreiflicher muß es erscheinen, daß die polnische Eisenbahnverwaltung sich so wenig auf die neuen Aufgaben vorbereitet hat, die ihr durch die Übernahme des südoberschlesischen Industriereviers erwachsen mußte und denen sie denn auch, wie man sieht, namentlich mit Bezug auf die Kohlenabfuhr noch heute ziemlich ratlos gegenübersteht. Zur Bewältigung dieser neuen Aufgaben hätte man nicht zuletzt daran denken sollen bei den kongreßpolnischen und galizischen Hauptknotenpunkten für entsprechend vergrößerte Rangierbahnhöfe zu sorgen. Dies um so mehr, als auch schon früher der Abtransport der Kohle aus dem Dombrowaer Becken auf den alten Warschauer Eisenbahnlinien durch dauernde Verstopfungen äußerst erschwert gewesen ist. Man braucht gar nicht einmal anzunehmen, und eine dahingehende Entschuldigung des Eisenbahnministeriums ist sogar recht unwahrscheinlich, daß die gegenwärtige Förderung dieses Kohlenbezirks die Vorkriegsproduktion übersteige. Jedenfalls wären die bisherigen Rangierbahnhöfe auch nur bei zwei Dritteln oder drei Vierteln der Vorkriegsförderung und ohne Berücksichtigung des aus Oberschlesien zugewachsenen Verkehrs völlig unzulänglich. Nunmehr endlich hat sich das Ministerium entschlossen, die Station Sosnowice durch neue Gleisanlagen zu erweitern und den Kohlensortierapparat in Lazy, der heute angeblich schon 2000 Waggons täglich abfertigen kann, zu vergrößern und auch die Station Tschenstochau in geeigneter Weise auszubauen. So hofft man, die Zahl der abgehenden Züge von 35 auf 50 täglich erhöhen zu können, was nach der Ansicht der Eisenbahnverwaltung auch noch genügen würde, wenn die Produktion des Dombrowaer Reviers um 50 Prozent steigen sollte. Die Sache scheint aber doch noch einen, und zwar nicht unbedeutenden Haken zu haben. Wie „Przegląd Wieczorny" vom 18. d. Mts. schreibt, rechnet das Ministerium bei dem Bau neuer Eisenbahnlinien, die für den Verkehr mit dem Dombrowaer Becken ebenso nötig sind, wie die Erweiterung der Hauptknotenpunkte, sehr stark mit der Privatinitiative. Wie es heißt, sollen Konzessionsgesuche für neue Strecken nach Warschau und Równo bereits vorliegen. Ebenso sei der Bau einer Linie von dem Kohlenbecken nach Lodz geplant. Wenn man die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für polnische Privatunternehmer auch nur einigermaßen kennt, wird man an eine baldige Ausführung all dieser Pläne kaum glauben können. Oder rechnet man wieder mit der Hilfe französischen Kapitals? Das dürfte angesichts des ohnehin schon so mächtigen Einflusses französischer Finanzgruppen in fast allen Zweigen der polnischen Industrie im Lande selbst kaum reine Freude erwecken.

= **Von der Lemberger Ostmesse.** Laut Bericht des Vertreters des „Kurjer Warszawski" soll die Sowjetukraine auf der Ostmesse größere Einkäufe bzw. Bestellungen gemacht haben. Es wurden für über 1 Milliarde Automobile und landwirtschaftliche Maschinen gekauft. Außerdem von der Firma K. Wassilewski für über 100 Millionen Schreibutensilien. Ferner wurden Verhandlungen gepflogen, laut welchen die bekannte Firma H. Cegielski in Posen eine Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen liefern soll. Seitens der Ukraine sind Phosphor, Wolle und Eisenabfall angeboten worden. Amerikanische Kaufleute haben vorwiegend Winterkonfektion für Damen gekauft. Die Holländer kauften Korbwaren sowie Metalldraht für über 7 Millionen Mark. Die Franzosen interessierten sich speziell für alle Arten von Baumaterial. An rumänische Kaufleute sind größere Mengen fertiger Möbel und Papierwaren verkauft worden. Es sollen derart viele Aussteller eingetroffen sein, daß neue Pavillons hinzugebaut werden mußten.

= **Ausfuhr von Gerste und Kartoffeln aus Polen.** Wie „Przegląd Wieczorny" erfährt, hat das Wirtschaftskomitee des Ministerrates die Ausfuhrerlaubnis für 70 000 Tonnen Gerste erteilt; es soll aber angeblich dreimal so viel ausgeführt werden, um die gute Konjunktur auszunutzen, da die polnischen Preise nur 60 v. H. der ausländischen betrügen. Man müsse sich aber mit der Ausfuhr beeilen, da die ausländischen Brauereien ihren Jahresbedarf im voraus decken und nur bis Dezember einkaufen. Außerdem sollen 230 000 Waggons Kartoffeln ausgeführt werden.

= **Verlängerung der Arbeitsdauer in den polnischen Zuckerfabriken.** Wie „Przegląd Wieczorny" meldet, hat der Ministerrat eine Verordnung herausgegeben, nach der während der Zuckerkampagne 1922/23 eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 10 Stunden gestattet wird einschließlich Sonntags. Die Verordnung soll mit dem 8. Oktober in Kraft treten und bis zum 8. Januar in Kraft bleiben. Angeblich läßt sich eine dritte Schicht aus technischen Gründen nicht einführen. Jedoch soll die Verordnung nur für die für die Produktion unentbehrlichen Arbeiter gelten.

= **Polnische Eisenbahnwagenbestellungen in Amerika.** Die poln. Eisenbahnverwaltung hat in Amerika Aufträge auf Lieferung von 7500 Güterwagen, von denen ein Teil noch in diesem Jahre zur Ablieferung gelangt, in Bestellung gegeben. Man rechnet damit, daß im Jahre 1923 der Wagenbestand sich auf 117 000, im Jahre 1924 auf 120 000, im Jahre 1925 auf 136 000 und bis zum Jahre 1926 auf 139 000 Waggons steigern wird. Ein Teil der neuen Wagen soll in polnischen Fabriken selbst zur Herstellung gelangen. Die Zahl der gegenwärtig vorhandenen Lokomotiven beläuft sich auf 4555. Das neue Projekt sieht ein Anwachsen derselben bis zum Jahre 1926 auf 6300 vor, wovon in heimischen Werkstätten 950 Lokomotiven hergestellt werden sollen.

= **Polnische Eisenbahnschienen in Belgien.** Das Wirtschaftskomitee des Ministerrats billigte den Vorschlag des Eisenbahnministeriums auf Einfuhr von 50 Kilometer (4873 Tonnen) belgischer Eisenbahnschienen. Der Eisenbruch der polnischen Bahnen soll nach belgischen Schienenwalzwerken ausgeführt werden. Vor der endgültigen Vergebung der Lieferung soll das Eisenbahnministerium noch einmal feststellen, ob die oberschlesischen Walzwerke die Eisenbahnschienen wirklich nicht zu dem belgischen Preis liefern können.

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

= **Zum deutsch-russischen Handel.** Das staatliche Import- und Exporthandelskontor „Gostorg" in Petersburg erwarb von einer deutschen Firma für einige tausend englische Pfund chemische Präparate, Medikamente und chirurgische Instrumente auf Kredit. Ein Teil der Waren ist schon in Petersburg eingetroffen. Außerdem hat der „Gostorg" laut „Iswestija" für die Petersburger Trusts Waren im Werte von 30 Millionen Reichsmark in Deutschland eingekauft. Mit dem „Gostorg" werden augenblicklich Verhandlungen über die Gründung einer gemischten deutsch-russischen Gesellschaft für die Einfuhr von Medikamenten nach Rußland geführt.

= **Deutsche Unternehmungen in Turkestan.** Wie die „Iswestija" berichtet, soll sich eine deutsche Kommissions- und Transportgesellschaft darum bemühen, Filialen in Turkestan eröffnen zu können. Die Kommission für staatliche Planwirtschaft sprach sich zugunsten der Eröffnung solcher Filialen in Form einer gemischten Gesellschaft aus.

= **Gute Getreideernte in Südslawien.** Nach den bisher vorliegenden Berichten wird Südslawien in der Lage sein, in diesem Jahre mehr als 80 000 Waggons Getreide auszuführen.

= **Direkter Telegraphenverkehr zwischen Rußland und Norwegen.** Nach der „Iswestija" ist zwischen Petersburg und Norwegen nunmehr eine direkte Telegraphenverbindung hergestellt worden, während bisher die Verbindung über Finnland ging.

= **Das lettländische Flachsmonopol.** Der lettländische Landwirtschaftsrat beschäftigte sich mit der Frage der Hebung des Flachsbaues. Es wurde beschlossen, das Flachsmonopol solange beizubehalten, bis amtliche Flachshandelsoperationen von den landwirtschaftlichen und Flachsbau-Organisationen und Genossenschaften übernommen worden sind. Der „Latwija" zufolge soll ein Ausfuhrzoll auf Flachs nicht erhoben werden.

= **Die neue litauische Währung.** Auf der Bundestagung des Deutsch-Litauischen Heimatbundes machte Bankdirektor Rosteck längere interessante Ausführungen über die wirtschaftlichen Bestrebungen Litauens im Memelgebiete. Was die litauische Währung anbelangt, so habe er von authentischer Seite erfahren, daß zwar die Ausgabe des neuen litauischen Geldes in die Wege geleitet worden sei, daß jedoch die weiteren Arbeiten auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen und die Ausgabe noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Bekannt ist ferner, daß auch in Litauen große Zahlungsmittelnot besteht und daß der Ostrubel und das Ostgeld auch jetzt in erhöhtem Maße gebraucht werden. Die Darlehnskasse Ost habe nicht nur keinen Rückfluß des Ostgeldes zu verzeichnen, sondern es werden an sie ganz erhebliche weitere Forderungen an Ostgeld von der litauischen Wirtschaft gestellt. In Litauen sei für das neue Geld eine Golddeckung im gewissen Umfange vorhanden, ob aber eine genügende, dafür seien keine Beweise da.

= **Russische Soda.** Die wirtschaftliche Verwaltung des Obersten Volkswirtschaftsrates wandte sich an das Volkskommissariat für Außenhandel mit dem Vorschlage, den Einkauf von Soda im Auslande einzustellen, da eine Überproduktion auf den russischen Sodawerken zu verzeichnen ist. Gleichzeitig wird der „Iswestija" zufolge die Frage der Ausfuhr der russischen Soda ins Ausland angeregt. Besonders soll kaustische Soda in Betracht kommen.

= **Zum russischen Holzexport.** Der Volkswirtschaftsrat des Nordwestgebietes beauftragte den Holztrust „Petrolos", eine Vertretung in London einzurichten, um durch ihre Vermittlung das nach England ausgeführte Holz zu verkaufen und Verhandlungen mit ausländischen Kapitalisten zu führen, die sich an der Holzindustrie beteiligen wollen.

= **Eine Getreidebörse in Moskau.** Auf Beschluß des Moskauer Börsenkomitees ist bei der Zentralwarenbörse eine Getreideaktion eröffnet worden.

= **Das Projekt eines russisch-chinesischen Handelsvertrages.** Der Entwurf eines russisch-chinesischen Handelsvertrages wird zurzeit vom Volkskommissariat für Außenhandel ausgearbeitet.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	28. September	29. September
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	150 + A	—,—
Bank Centralny	500 + A	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	375 + N	385—375 + N
Bank Poznański	175 +	—,—
Bank Przemysłowców	200—205 + N	200—205 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-IX. Em.	240 + N	—,—
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	160 + A	165-170-165 + N
Arcona	430—440 + N	445—450 + N
R. Barcikowski	—,—	170—175 + N
Browar Krotoszyński	1700 + N	—,—
H. Cegielski I.—VIII. Em.	350—345 + A	355 + A
Centrala Rolników I.—V. Em.	130—135 + A	140—145 + A
Centrala Skór	—,—	270-280-270 + N
Hartwig Kantorowicz	780—825 + N	800—820 + N
Hurtownia Skór I.—II. Em.	230 + A	—,—
Herzfeld-Viktorius	390 + N	400 + A
Juno	360 +	—,—
Luban. Fabr. przetw. ziemn.	4900 + N	—,—
Dr. Roman May	1360 + A	1320—1350 + N
Papiernia, Bydgoszcz	275 + N	285 + N
Patria	450 + N	460 +
Pozn. Spółka Drzewna I.—V. Em.	550-560-550 + N	—,—
Sarmatia I.—II. Em.	—,—	480 + A
Tkanina	—,—	300 + N
Tri	180 + A	—,—
„Unja" (früher Bentzki)	500—510 + A	510—530 + N
Waggon Ostrowo	—,—	220 + N
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	—,—	140 + N
Zjedn. Browary Grodziskie	270—275 +	275 +

Auszahlung Berlin 560—52½. Umsatz: 4 170 000 dtsch. Mk.
A — Angebot, N — Nachfrage, + — Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 30. September 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggonlieferung.)

Weizen	29 500—31 500	Fabrikkartoffeln	1 900
Roggen	17 400—18 400	Speisekartoffeln	2 500
Braugerste	18 000—18 800	Felderbsen	—,—
Hafer	19 500—20 500	Viktoriaerbsen	—,—
Weizenmehl 65 %	50 000—51 500	Getreidestroh, lose	5 000
Roggenmehl 70 %	28 300—28 800	„ gepr.	5 500
Weizenkleie	9 600	Heu, lose	6 800
Roggenkleie	9 600	„ gepr.	7 500

Börsennotierungen der landw. Produkte unverändert.

Berliner Börsenbericht

vom 29. September.

Diskonto-Komm.-Anleihe	425.—	Polnische Noten	19.25
Danziger Priv.-Aktienbank	363.—	Auszahlung Holland	63 750.—
Ostbank	203.—	„ London	7 230.—
Hartmann Masch.-Aktien	1135.—	„ Neuyork	1630.—
Phönix	3775.—	„ Paris	12 375.—
Schuckert	1285.—	„ Schweiz	30 525.—
Hapag	840.—	Koehlmann-Stärke	1 400.—
3½% Pos. Pfandbriefe	37.50	Ungarische Goldrente	3 380.—
Auszahlung Warschau	19.25		